

1820.

3

R e v i s i o n

des

ausführlichen Rechtsgutachtens

über

das Verfahren des römischen Hofes

in

der Angelegenheit

der

Konstanzer Bisthumsverwaltung

des

Kapitularvikars Freihrn. v. Wessenberg

zugleich mit Hinsicht

auf Koopers Briefe über den neuesten

Zustand von Irland

verfaßt

von

Johann Ludwig Koch,

b. R. Dr. herzogl. nassauischem Kirchen-
und Oberschulrathe.

Frankfurt am Main 1819.

G e r m a n i e n 1820.

REVISED

1820

and the other is a copy of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

of the original

V o r r e d e.

Die Angelegenheit des Generalvikars zu Konstanz, Freiherrn von Wessenberg, ist durch die zahlreichen Feinde des päpstlichen Stuhles in Deutschland, und durch die Freunde dieses Herrn selbst weit wichtiger gemacht worden, als sie im Grunde ist, und es zu werden verdiente. Das Faktum in seiner einfachen Natur, und ohne Schminke, und asiatisch-rednerischer Gestalt ist dieses:

„Der Papst verweigert dem ganz
„nichtig und widerrechtlich von seinem
„Bischofe zum Koadjutor im Bisthume
„Konstanz ernannten Hrn. Generalvikar
„von Wessenberg, nachmals als angeb-
„lich erwähltem Kapitelsvikar die Be-
„stätigung in dieser Eigenschaft, und

winnen, *) allein so bald man bemerkte, daß man auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen werde, so suchte man andere Waffen hervor. Man betrat nun den Weg, den man gleich im Anfange hätte betreten sollen. Man bequeme sich zu einigen apologetischen Schriften, **) und 3 eröffneten das Streitfeld. Aber die Vertheidigung des Hrn. v. W., besonders jene des Hrn. Dr. Fridolin Huber fiel so schlecht aus, daß sie den Helden des Theaters mehr in Schatten, als in das Licht stellte, und wenn seine Vertheidigung im Ernste gemeint seyn sollte, keinen Dank von Seite des Hrn. v. Wessenberg verdient. Eine ande-

*) Raisonirender Ueberblick der zwischen Sr. päpstlichen Heiligkeit Pius VII. und dem bischöfl. Konstantischen Generalvikar, Freihrn. v. Wessenberg, obwaltenden Irrungen. 1818.

•) Die Beschwerden gegen den Bisthumsverweser von Konstanz, Freihn. v. Wessenberg. Sendschreiben eines Pfarrers an seine Amtsbrüder im Großherzogthum Baden. Tübingen 1817. Ueber die Freiheiten der gallikanischen und deutschen Kirche, und über die päpstlichen Breven gegen Freihrn. v. Wessenberg, Koadjutor und Generalvikar zu Konstanz. Heidelberg 1817. Wessenberg und das päpstliche Breve von Dr. Fridolin Huber, Pfarrer zu Deißlingen, im Kapitel Rotweil 1817.

re Schrift,*) nahm sich dagegen der guten Sache an, und der V. derselben faßte den Gegenstand nicht superficiell, noch sarkastisch, sondern wissenschaftlich mit Ruhe und Gründlichkeit nach dem kirchen- und staatsrechtlichen Gesichtspunkte auf, und hatte vier Fragen aufgestellt und beantwortet:

1) „Hat das Domkapitel zu Konstanz
„die Befugniss, nach dem Tode seines
„Bischofes einen Vicarium capitularem
„zu wählen? 2) Braucht der Gewählte
„die päbstliche Bestätigung? 3) aus wel-
„chen Gründen kann der Papst diese
„verweigern? 4) in wie ferne darf die
„Staatsgewalt sich in diese Kirchenan-
„gelegenheit einmischen? und welche
„Rechte stehen ihr hiebei zu?“

Gewiss Fragen, die den wahren Gesichtspunkt der Sache bezielen und aufgreifen, von deren Erörterung die richtige Entscheidung derselben abhängt. Allein man wagte es nicht, diese systematische Schrift systematisch zu wi-

*) Die gegenwärtige Lage der Diöcese Konstanz aus dem kirchen- und staatsrechtlichen Gesichtspunkte betrachtet. — Rom und Konstanz 1817.

derlegen. Nur in einigen faden und sarkastischen Deklamationen, in den bekannten, dienstbaren Blättern wurden Angriffe gegen sie gerichtet, und deren Verf., was das gewöhnliche Steckenpferd, und ziemlich zusammengeritten ist, als ein Ultramontaniste und römischer Courtisan verschrien: wahrhaft ein leerer Popanz, und ein abgenützter Kunstgriff, der keine Wirkung mehr bei Einsichtigeren, und Verständigern hervorbringt! Nur eine einzige Recension dieser Schrift in der Ulmer oder Werkmeisterischen Zeitschrift für Theologie und Kirchenrecht 4. B. 3. Heft S. 727 ist bekannt geworden, worin man wenig auf die rechtlichen Gründe sich einließ, und den V. nur darüber hernimmt, daß er der deistischen Parthei in der katholischen Kirche die Larve lüftet, und sie kenntlich zu machen sucht. Als man nach diesem Vorspiele von Seite des Hrn. v. W. und seiner Adhärenenten einsah, daß man durch Schreckschüsse nicht zum Ziele kommen, und den päpstlichen Stuhl nicht einschüchtern dürfte, so verfiel man auf ein anderes Mittel, wodurch man kürzer zum Ziel zu gelangen glaubte. Der unerschrockene Hr. Generalvikar entschloß sich, in Begleitung eines seines intimsten

Freunde persönlich bei der Curie sich zu stellen, und in Rom selbst seine Vertheidigung zu führen. Der Weg dahin wurde ihm von seinen Freunden mit den lieblichsten Blumen bestreut. Man wufste genauer noch, als wann Napoleon reiste, den Ort, den Tag, und die Zeit seines Aufenthaltes: überall war er sogleich gekannt, angestaunt, und mit Auszeichnung empfangen. Selbst die römische Curie gerieth in Verwunderung, als sie diesen hochherzigen, biederer und ächtdeutschen Mann erblickte. Jedermann, der wenigstens nicht tief sah, und unwissend gerne Flitter für Gold nahm, hätte erwartet, daß dem Hrn. v. W. der vollständige Sieg werden müsse, — daß er die Infel von dem heil. Vater selbst erhalten, und als gerechtfertigt, vielleicht gar durch einen rothen Hut geschmückt, zurückkehren würde. Diese Hoffnung wurde dadurch erhöht, weil wirklich Hr. v. W. mit dem Hrn. Kardinal Konsalvi mehrere Noten wechselte, woraus man schliessen konnte, die Sache selbst werde ganz gründlich untersucht werden, und ein erwünschtes Resultat finden. Allein wider alles Erwarten erscholl die Nachricht, daß Hr. v. W. von Rom, und zwar unverrichteter Dinge abgereist sey. Die Freun-

de des Hrn. v. W. mögen hiebei ebenso wie seine Gegner in Erstaunen gerathen seyn. Erstere: weil sie mit Zuversicht darauf rechneten, Hr. v. W. würde durch seine hohe Eigenschaften imponiren, und die Curie werde für gut finden, die Segel zu streichen; Letztere: weil sie sich vielleicht überredeten, der Hr. Generalvikar werde jenen herrschsüchtigen, und unbeugsamen Charakter, der in seiner Bisthumsverwesung sich so auffallend zeigte, ablegen, und wenigstens dem Oberhaupte der Kirche jene Achtung und jenen Gehorsam beweisen, den er, der so heifshungrig nach einer Infel greift, demselben schuldig ist. Aber von beiden Seiten sah man sich getäuscht. Die Curie behauptete ihre Würde, nahm keinen Anstand, alles, was sie an der Bisthumsverwesung des Hrn. Generalvikars einer Rüge würdig fand, ihm mitzutheilen, demselben seine nothwendige Vertheidigung zu gestatten, und sich bereit zu einer billigen Ausgleichung zu zeigen. Aber dieß war es, was dieser Herr vermeiden wollte. Gerne würde er aufergerichtlich zum heiligen Vater gesagt haben: „*Pater! peccavi coram te, non sum dignus, vocari filius tuus,*“ wenn es mit einigen Worten, die in Deutsch-

land hinwegläugnet, oder hinwegexegisirt werden könnten, abgethan gewesen wäre; aber da man diesen Worten, die schon mehrmalen fruchtlos sich zeigten, nicht trauen konnte, da man gründlich die Sache untersuchen wollte, so gerieth der Hr. Generalvikar in Verlegenheit, und wufste sich nicht anders aus der Geschichte zu ziehen, als daß er vorgab — Was?

„Er könne als Deutscher sich hierüber mit einem römischen Richter nicht weiter einlassen — Er müsse sich mit seinem Souveräne darüber benehmen. Es sey dieß nicht mehr seine Sache, sondern die Sache der ganzen katholischen Kirche in Deutschland.“

Es braucht nichts, als diese Entschuldigung nur vorzulegen, und dagegen ein wenig in das Kirchen- und Staatsrecht eingeweiht zu seyn, um die in ihr liegende Täuschung zu durchdringen, und ihre Nichtigkeit zu fühlen. Hr. v. W. eilte also von Rom nach Karlsruhe zurück. Was er alles dem, größtentheils aus protestantischen, und keinem wahrhaft katholischen Rathe, beste-

henden großherzoglichen Ministerium vorgestellt haben mag, wird kaum die Gardinen des Kabinetts durchdringen. Doch so viel ist in das Publikum gedrungen, daß das großherzogliche Ministerium auf einmal mit einer diplomatischen Schrift *) hervortrat, und sein, und des Hrn. v. W. Betragen und Verfahren zu rechtfertigen suchte. Diese Maßregel erweckte bei den Freunden und Gegnern des Hrn. v. W. großes Aufsehen. Erstere, bis auf die Herren Koch, Brunner und Huber, fanden sich sehr getäuscht, und entdeckten die Blöße, die man dadurch gab, und die man mit einem Feigenblatte bedecken wollte; letztere riefen aus: *Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus!* Freunde und Gegner konnten nicht begreifen, wie ein ganzes Ministerium entweder so ganz unbekannt mit den reinen Grundsätzen des katholischen Kirchenrechts seyn, oder sich so enorm durch falsche Propheten, die in Schafskleidern einhergehen, habe können täuschen lassen.

*) Denkschrift über das Verfahren des römischen Hofes bei der Ernennung des Generalvikars, Freihrn. v. Wessenberg zum Nachfolger im Bisthum Konstanz, und zu dessen Verweser, mit Beilagen. Karlsruhe 1818.

Wirklich enthält diese Denkschrift die geeignetsten Waffen, um den Hrn. v. W. gründlich zu widerlegen, und die tiefen Wunden zu zeigen, die seine Sache hat. Ein Schriftsteller *) hat bereits diesen Wink verfolgt, und in einem Gutachten, wie es irgend ein alt-deutscher Schöppenstuhl geben könnte, die Momente der Verhandlungen zwischen dem Hrn. Kardinal-Statssekretär Consalvi, und dem Freiherrn v. Wessenberg zusammengestellt, und sein Gutachten abgegeben. Hr. Koch mag die Zweckmäßigkeit einer solchen Behandlung der Sache ganz gefühlt haben, daher scheint er von diesem Schriftsteller die Form seiner gegenwärtigen Arbeit entlehnt zu haben, ohne desselben auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Ueberhaupt ist es in Bezug auf alle Schriftsteller, die für die Sache des Hrn. v. W. schreiben, charakteristisch, daß sie sich das Aire geben, als seyen ihre Adsertionen delphische Orakelsprüche, oder als könne denselben gar nichts Bedeutendes entgegengesetzt werden. Hrn. Kochs

*) Mehr Noten als Text zu der Denkschrift über das Verfahren des römischen Hofes etc. Germanien 1818.

Schrift *) hat einen Gegner gefunden, der ihm schwere Fragen vorlegt **); aber Er schwieg. Die Schrift: „die deutsche Kirche“ ist gründlich beleuchtet worden. ***) Und der Verf. schweigt gleichfalls. Fridolin Huber's Lichtstrahlen auf den Hrn. v. W. haben einen Gegner an dem Verf. der Kehrseite gefunden. Auch hier keine Antwort. Ein anderer Freund verläßt die Vertheidigung des Kopfes des Hrn. v. W. und rekurriert sich in die Falten seines Herzens. Werkmeister entladet sich blos der schwarzen Galle, die ihm einige dieser Schriften verursacht haben. Sonst ist mit Gründen und Anstände nichts geschehen. Weil nun Hr. Dr. Koch auf sein ausführliches Rechtsgutachten, welches

*) Kirchenrechtliche Untersuchung über die Grundlage zu den künftigen katholischen kirchen Einrichtungen in Deutschland, von einem katholischen Rechtsgelehrten. Frankfurt am Main 1816.

**) Das für die katholische Kirche in Deutschland neu projectirte Patriarchat, aus dem historischen und kirchenrechtlichen Gesichtspunkte betrachtet. Germanien 1817.

***) Die deutsche katholische Kirche, oder Prüfung des Vorschlages zur neuen Begründung und Einrichtung der deutschen Kirche. Deutschland 1817.

zwar in der angezeigten Schrift: „Mehr Noten als Text“ so gründlich, als vollständig widerlegt ist, ein unbedingtes Vertrauen setzt, so hat es der Verf. gewagt, auch dieses zu beleuchten, und dies um so mehr, als er noch eine Schrift, die in der Zwischenzeit erschienen ist, hiemit in Verbindung setzen kann. *) Er wird sich hiebei zum Gesetzmachen, Hrn. Koch Schritt für Schritt zu folgen, und so, wie er seine Arbeit in 4 Abschnitte, nämlich: 1) Die Geschichtserzählung. 2) Kirchenrechtliche Erörterungen. 3) Staatsrechtliche Erörterungen. 4) Resultate abgetheilt hat, so auch die Revision folgen lassen. Möge dann jeder Unpartheiische urtheilen! Möge jeder, dem es um Wahrheit zu thun, die Resultate beherzigen!

*) Beurtheilende Anzeigen einiger Schriften, welche das neueste Betragen des römisch-päpstlichen Kirchenregiments besonders gegen das Generalvikariat von Konstanz, und die großherzogliche badische Regierung, gegen die Rechtsfreiheiten der deutschen katholischen Kirche, und gegen die Rechtsgleichheit der evangelischen (?) Protestanten beleuchtet vom K. R. Paulus, Heidelberg 1818.

I. Abschnitt.

Revision der Geschichtserzählung.

Der Freiherr, Ignaz Heinrich Karl v. Wessenberg, Domherr in Augsburg und Konstanz, ward im Jahre 1801 von dem damaligen Fürstbischöfe zu Konstanz, Karl Freiherrn v. Dalberg, zum Generalvikar des Bisthums Konstanz ernannt, und führte unter der Leitung seines Fürstbischöfs die Diöcesanverwaltung. Was über seine Geschäftsführung bekannt geworden ist, wurde nach verschiedenen Ansichten beurtheilt. Es gab einige, die sich im höchsten Lobe erschöpften, und den Hrn. Generalvikar bis an die Sterne erhoben. Er selbst sorgte thätigst dafür, daß es am Stoffe hiezu nicht fehlen konnte. Zahlreich sind seine Schriften, ausgezeichnet das Bestreben, überallhin zu wirken, die Fackel der Aufklärung in alle

Regionen der Wissenschaften vorzüglich der geistlichen zu tragen. Allein es gab auch etwelche, welchen die Neologie des Hrn. v. W. bedenklich schien, die manche Meinung gewagt, manche Aeusserung auffallend, manchen Vorschlag zweideutig, manche Reform tadelhaft fanden; die zwar weder die Talente desselben verkennen, noch seine Thätigkeit hemmen wollten, die aber Spuren der Eitelkeit, des Stolzes, einer kühnen Absprechung, und eine Ueberschätzung seiner Selbst darin erblickten, wobei es sehr leicht ist, daß Täuschung eintreten könne, und daß man statt Weizens auch Unkraut aussäe. So wie bei manchem unpartheiischem Beobachter der höchstselige Fürst-Primas von Dalberg immer in manchem Betracht im Bezug auf sein religiös-kirchliches und auch politisches Benehmen ein Räthsel geblieben ist, so wurde auch bald Hr. v. W., der sich ihn zum Vorbilde gewählt zu haben scheint, als eine treue Copie betrachtet. Alles, was er that, hatte denn auch wirklich 2 Seiten. Von der guten betrachteten es, wie natürlich, Hr. v. W. und seine Adhären ten und ermangelten nicht, mit vielem Wortgepränge anzupreisen, was er für eine bessere und höhere Bildung der Geistlichkeit; für einen gründlichen Volksunterricht; für einen allgemein ansprechenden, den religiösen Sinn mehr belebenden Kultus in der Kirche; für die Verbesserung der Volksschulen; für die Erweckung der Religiosität bei dem Volke durch

sein Gesangbuch gethan habe. Dagegen gab es auch nicht wenige, welche die Grundsätze des Hrn. Generalvikars bedenklich, gewagt, anstößig und sogar vermessen, die Reformen zweideutig, den religiösen Sinn störend, ja vernichtend, die Anordnungen in Bezug auf die Disciplin des Klerus und des Volkes als schwankend, lax und zur Ausartung führend betrachteten. Die Urtheile über den Charakter des Hrn. v. W. waren daher schon lange Zeit verschieden, und so wie sich seine Freunde im Lobe erschöpften, so unterließen seine Gegner nicht, ihr Mißvergnügen über sein Bestreben zu äussern. Doch so geräuschvoll auch die Eigenschaften des Hrn. Generalvikars von seinen Freunden gepriesen wurden, so beschieden waren doch dagegen seine Gegner. Man konnte zwar bemerken, daß sie nicht alles, was glänzte, für Gold annahmen, und eben so wird es auch begreiflich, daß sie wohl die höheren kirchlichen Autoritäten, von dem Benehmen des Hrn. v. W. in der Diöcesanadministration, von seinen Reformen, seinen, in der Monatsschrift, und in dem Archiv für Pastoralkonferenzen, ausgestreuten, Principien in Kenntniß gesetzt haben mögen. Es geschah aber mit vielem Glimpf, mit großer Schonung; und das sind zur Zeit noch bloße Vermuthungen, daß diese Anzeigen Mönche und Prälaten gemacht haben, die das Licht der Aufklärung, welches Hr. v. W. um sich warf, und welches diese durch Ueberreiz ge-

blendet haben soll, nicht sollen haben vertragen können. Noch hat hierüber kein beweisendes Document producirt werden können. Der Beweis dieser schonenden Behandlung liegt auch darin, weil die Ruhe bis zum Jahre 1814 fort-dauerte. Aber in einer Periode von 12 Jahren hatte es der Hr. v. W. so arg gemacht, daß verschiedene Geistliche in der Diöcese Konstanz ihre Stimmen laut werden liessen, und gedrungen waren, sich an den Hrn. Fürsten Primas als Bischof zu Konstanz zu wenden, und höchstdenselben ihre Bedenklichkeiten zu äussern. Allein dieser Schritt war schlechterdings von keinem Nutzen; *) hier hiefs es: „*Senex puerum portabat, puer autem senem regebat.*“ Hr. v. W. hatte sich so in der Gunst des alten Herren festgesetzt, daß letzterer sich manchmal selbst über über ihn beklagte, und doch die Insinuationen desselben nicht zu beschwichtigen, den Muth hatte, sondern die Parthei, zu der Hr. v. W. gehörte, unter seiner Aegide ihr Wesen forttreiben liefs. Es wurde nothwendige Folge, daß endlich diese Klagen an das Oberhaupt der Kirche gebracht werden mußten. Ob man dem Hrn. v. W. Grundsätze unterzulegen strebte, welche auf

*) Denunziationsschrift des badischen Hrn. Geheimenraths Gärtler, und die darauf erfolgte Correspondenz desselben und des Bruchsaler Vikariats an Se. Eminenz den Hrn. Primas, und von diesem an beide.

seine Orthodoxie ein nachtheiliges Licht zu werfen geeigenschaftet waren, ist zwar eine Behauptung seiner Freunde, mit welcher sie viel Lärrens machen, und wobei sie immer voraussetzen, daß ihm großes Unrecht geschehen sey. Allein der Grund oder Ungrund, und das Gewicht der Beschuldigungen wird sich in der Folge entwickeln. So viel ist richtig, daß der Herr Fürst Primas nach erhaltenen päpstlichen Schreiben und geschehenem Antrage auf die Entfernung des Hrn. v. W. von der Stelle eines Generalvikars, sich wenig um die Sache bekümmerte, vielmehr einen Schritt weiter that, der dem Oberhaupte der Kirche auffallen mußte. Im Jahr 1815 ernannte er den Hrn. Generalvikar, ohne irgend eine kanonische Form hiebei zu beobachten, zum Koadjutor und Koadministrator in seinem Bisthume Konstanz, und ließ auch diesen Akt durch die großherzogliche weltliche Regierung bestätigen. *) Derselbe zeigte es zwar Sr. päpstlichen Heiligkeit an; aber man thut dem hochselig Verlebten gewiß kein Unrecht, wenn man annimmt, daß dies nur *pro forma* geschehen sollte; denn der Hochselige war in den Grundsätzen des gemeinen und deutschen Kirchenrechts so unterrichtet, daß er im Voraus wissen mußte, dieser Akt müsse ohne alle Konsequenz bleiben; und es war wahre Schonung von Seite

*) Großherzoglich-badisches Regierungsblatt 1815 Nro. 15.

des päpstlichen Stuhls, wenn man den Urheber des Akts, und den Günstling nicht einer kanonischen Untersuchung unterwarf, und beide nicht mit kanonischen Strafen belegte. Stillschweigen war daher die größte Schonung. Dies fruchtete aber weder bei dem Hrn. Fürstprimas, noch bei dem Hrn. v. W. etwas. Ersterer lenkte nicht ein, sondern verhielt sich, bis ihn der Tod überraschte, passiv, letzterer zog hieraus keine Regeln der Klugheit, vielmehr machte er gefährliche Versuche in der Zwischenzeit gegen den päpstlichen Stuhl auf dem Kongresse zu Wien*), und bei den Bundestag zu Frankfurt, Versuche, die dahin zielten, die Einigkeit der katholischen Kirche zu zerreißen, eine gefährliche Trennung einzuleiten, und sich an die Spitze eines neuen Patriarchats, wie Photius, zu stellen. Auch als der Hr. Fürstprimas verstorben war, unternahm Hr. v. W. sogleich alles, was er nicht unternehmen sollte, und erlaubte sich Schritte, die dem päpstlichen Stuhle unangenehm seyn mußten. Er wufste, daß bereits 1813 der Papst von dem Fürstprimas verlangt hatte, ihn von der Stelle eines Generalvikars zu entfernen, und daß selbst dieser nun verlebte

*) Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses überhaupt, und insonderheit über wichtige Angelegenheiten des deutschen Bundes von D. Johann Ludwig Klüber. 3 Abth. Frankfurt a. M. 1816 p. 432.

Herr für gut fand, in der Person des Hrn. Domkapitulars von Roll eine Maske aufzustellen, und doch leitete er die Wahl eines Kapitulars wieder auf seine Person, und giebt, daß er dieß gethan habe, dadurch die *praesumptionem juris et de jure* an die Hand, daß er sich diese Stelle nicht verbittet, sich eindringt, und einem *ambitum* zeigt, der nicht anders, als ein heftiger Ausbruch eines großen Stolzes angesehen werden kann. Der Papst verwirft, wie vorzusehen war, diese Benennung durch sein Breve vom 15. März 1817 und giebt dem Domkapitel auf, statt des Hrn. v. W. einen anderen als Kapitelsvikar zu wählen. Dessen ungeachtet dringt Hr. v. W. sich doch in die Verwesung dieser Stelle ein, und das Kapitel, des sich der Ausübung des Rechtes der Wahl eines Kapitelsvikars ganz unwürdig gemacht hatte, bestehet auf seinem Schritte. Die weltliche Regierung von Baden, welche als eine protestantische sich in eine bloß geistliche Sache gar nicht hätte einmischen sollen, läßt sich aber ganz nach dem Einflusse seines protestantischen Ministeriums in die Rechtlichkeit der Sache ein. Sie erklärt, daß dem päpstlichen Breve alle und jede Wirksamkeit in dem Großherzogthume versagt sey. Der gewiß gemäßigte Schritt, den der Pabst machte, die Regierung auf andere rechtliche Grundsätze zu führen, indem er seinen Nuntius in der Schweiz, Herrn Karl Zen, nach Karlsruhe schickte, um den Großherzog von der

richtigen Lage der Sache, von den gesetzlosen Schritten des Domkapitels zu Konstanz zu unterrichten, die Nothwendigkeit, einen anderen Kapitelsvikar aufzustellen, zu zeigen, verfehlten ganz ihren reinen Zweck, und dienten nur dazu, die Sache auf das Aeusserste zu treiben. Das Großherzogliche Ministerium soll nach der Aeusserung des Hrn. v. W., nicht zugeben haben, daß ein anderer Kapitelsvikar gewählt werde, sondern erliefs vielmehr an den sämtlichen Klerus ein Manutenenzdekret für ihn so lange, bis er nach den Konkordaten (?) vor ein Gericht gestellt, und kanonischer Hindernisse überwiesen sey. Als sich Hr. v. W. entschloß, sich persönlich in Rom zu stellen, und die Anzeigen, die gegen ihn gemacht worden sind, alldort aufzuklären, wurde er zur Ausführung seiner Absicht mit einem Empfehlungsschreiben von dem großherzoglichen Ministerium an den Kardinalstaatssekretär Consalvi versehen. Wie Hr. v. W. selbst erzählt, so war seine Aufnahme in Rom von Seite des Hrn. Kard. Staatssekretärs sehr freundlich. Allein er findet doch darin eine Kränkung, daß er bei dem Papste zu keiner Audienz gelangen konnte, und daß ihm erst nach einem Aufenthalt von 7 Wochen in einer Note, die Beschwerden, die man gegen ihn führte, vorgelegt wurden. Hr. v. W. beantwortete diese. Seine Antwort fiel aber nicht genügend aus. Zwei Forderungen, die man an ihn machte, so gerecht und natürlich sie auch waren, reiz-

ten die Eitelkeit und den Stolz dieses Hrn. auf das Empfindlichste; daher brach er in seiner 2ten Note schon ab, verantwortete sich nicht im Detail, bedauerte wahrscheinlich im Herzen, daß er sich nach Rom begeben hatte, und suchte Ausflüchte. Da die gegebene Versicherung, daß er ein dem heil. Vater ergebener Sohn sey, die Wirkung nicht hatte, die er sich davon versprach, und da man auf der Niederlegung seines Generalvikariats bestand, so machte Hr. v. W. einen *salto mortale*. Er erinnerte sich nun auf einmal, daß er ein Deutscher sey. Seine Phantasie führte ihn so weit, daß er sich einbildete, der Repräsentant der ganzen deutschen katholischen Kirche zu seyn. Er stellte sich selbst ohne allen Grund als den *Angelus tutelaris ecclesiae germanicae* her; *in propria causa* wurde er der Vertheidiger der Rechte seines Landesfürsten, die nicht verletzt waren, da der ganze Akt von ihm nicht einmal ausging. Und was geschah? Er foderte seine Pässe, und kehrte unter dem Angeben zurück, weitere Entschliessungen in Ansehung des Schutzes für die Landeskirche, und der Wahrung ihrer und des Staates Rechte abzuwarten. Er kömmt wohlbehalten in dem Großherzogthume an, und in der Sache geschehen zwei merkwürdige Schritte. Der erste ist das Manutenezdecret, welches die großherzoglich badische Regierung an geistliche und weltliche Behörden, worin ihnen befohlen wird, den Hrn. v. W. als Kapitelsvikar anzuerkennen, er-

liefs; der 2te die merkwürdige Denkschrift über das Verfahren des römischen Hofes bei der Ernennung des Generalvikars Freiherrn von Wessenberg etc. 1818 — worin man die gemachten Schritte von Seite des Domkapitels zu Konstanz, des Freiherrn v. Wessenberg, und der großherzoglichen Regierung zu rechtfertigen sucht. Die vorgetragenen sind die reinen Thatsachen, auf welche ein ausführliches Rechtsgutachten gebaut werden muß. Nach dem Vorgange des Hrn. Koch stelle ich sie ebenfalls unter zwei Hauptgesichtspunkte, und werde mich bestreben, sie darnach zu erörtern. Ein Theil der Gegenstände, und der davon abhängigen Fragen sind kirchenrechtlicher, der andere, und die daraus fließenden Folgerungen, sind staatsrechtlicher Natur. Da die Sache an sich die rein kirchliche Verwaltung betrifft, und es erst noch in Frage steht, ob der Staat hiebei betheiligt sey, und ein Recht, sich in die Sache zu mischen, habe, so fodert die natürliche Ordnung der Behandlung, daß man die kirchenrechtlichen Erörterungen vorausschicke, und die staatsrechtlichen folgen lasse. Daher

II. Abschnitt.

Die kirchenrechtlichen Verhältnisse betreffend.

Hiebei bieten sich, als Untersuchungspunkte dar:

1) Das Recht des Konstanzer Domkapitels, nach dem Ableben des Hrn. Fürstprimas, als Bischofs zu Konstanz, einen Bisthumsverweser aufzustellen.

2) Die, in Form Rechtens von demselben wirklich geschehene, Aufstellung eines solchen in der Person des Hrn. v. Wessenberg. Dann fragt sich:

3) Ob hiezu eine päpstliche Bestätigung nothwendig sey?

4) Ob, und unter welchen Umständen, und wie der Papst einen Bisthumsverweser suspendir oder absetzen könne?

5) Ob im vorliegenden Falle die päpstlichen Breven gegen die allgemeinen und besondern deutschen Kirchenrechtsgrundsätze und gültigen Gesetze anstoßen?

6) Ob hierin zugleich gegen die Staatsgerechtsame ein anmassender Vorschritt geschehen sey?

7) Ob der Staat demnach berechtigt gewesen sey, nicht etwa nur das *placet* zu verweigern, sondern erforderlichen Falls, auch eine förmliche Kassation der päpstlichen Breven eintreten zu lassen?

8) Aus welchem Gesichtspunkte die persönliche Stellung des Hrn. v. W. in Rom zu betrachten sey?

9) Ob die in Rom ihm vorgelegten Beschwerden von der Art seyen, daß sie ihn zum Bis thumsverwalter, oder auch zum Bischofe untauglich machen?

10) Ob die, dem Hrn. v. W. in der 3ten Note des Hrn. Kardinal Staatssekretärs Consalvi zugekommene, Entschliessung des heil. Vaters als eine päpstliche Sentenz anzusehen sey?

11) Ob der Hr. v. W. die, ihm angesonnene, Niederlegung seines Amtes, oder den verlangten Widerruf oder Mißbilligung habe bewilligen und leisten können?

Ehe ich auf die Beantwortung dieser Fragen übergehe, muß ich zuvor erinnern, daß es nicht meine Schuld ist, wenn die gestellten Fragen in einer nicht logischen Form erscheinen, wenn man die kirchenrechtlichen mit den staatsrechtlichen Fragen vermischt findet, die selbst nach den Ansichten des Hrn. Koch von der Sache sollten getrennt seyn. Ich wollte lieber bei der von

Hrn. Koch beliebten Fragenreihe bleiben, um dem Vorwurfe irgend eines Mißverständes zu begegnen. Also

1) Hat das Domkapitel zu Konstanz das Recht gehabt, bei der Bisthumserledigung einen Kapitelsvikar aufzustellen? Die richtige Beantwortung der Frage hängt von der Vorfrage ab? Existiren in Deutschland die alten Domkapitel noch? Dafs sie politisch aufgelöst worden sind, sagt der jüngste Reichsabschied vom 25. Febr. 1803 auf allen Seiten, und die §§. 34 und 35 so klar und bestimmt, dafs kein vernünftiger Zweifel übrig bleiben kann. Die Folgen, die dieser Schluss gehabt hat, setzen auch dieß ausser Zweifel. Nicht nur haben die damals lebende Fürstbischöfe und Domkapitulare ihre Pensionen angenommen, ihre Güter übergeben, ihre Archive und Registraturen ausgeliefert, sich allen Verbindlichkeiten, als Domkapitulare entzogen, und sich in politischer Rücksicht als ein *Corpus* nicht gerirt, sondern viele haben sogar durch Annahme ganz weltlicher Stellen von ihren geistlichen Verhältnissen sich ganz förmlich losgesagt, und sind vom Staate in den weltlichen Eigenschaften anerkannt worden. Aber hiemit ist die Sache noch nicht abgethan; es fragt sich: sind sie auch als kirchlich-rechtmäfsig aufgelöst zu betrachten? Hier eröffnen sich grofse Bedenklichkeiten. a) Von dem Gesichtspunk-

te des Kirchenrechts muß die Säkularisation zur Zeit noch als ein Machtstreich betrachtet werden, der kein anderes Fundament, als die Gewalt hat; b) in Deutschland gründete sich die kathl. Kirchenverfassung auf Verträge mit dem Papste, konnte also einseitig gar nicht aufgehoben werden. Man sah die Wichtigkeit dieses Grundes bei der beschlossenen Säkularisation und ihrer Ausführung so ein, daß sich bei der außerordentlichen Reichsdeputation mehrere Stimmen dahin erklärten, daß man sich hierüber mit dem Oberhaupt der kathl. Kirche verständigen müsse; (c Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat zur Zeit noch nicht in die Säkularisation förmlich gewilligt. Es hat sich zwar bereit gezeigt, neue Verträge mit den respektiven Regierungen abschließen zu wollen; aber so lange diese noch nicht abgeschlossen sind, bleiben die alten Verhältnisse stehen. Da also kirchenrechtlich die Domkapitel zu bestehen scheinen, so scheint auch die Frage noch von ihren Rechten als Kirchenkörper seyn zu können. Wird nun unter Zugrundelegung der Vorfrage die vorstehende beantwortet, so schiene es ausgemacht, daß sie mit Ja! beantwortet werden müsse. Allein es bleibt doch ein wichtiger Zweifel übrig. Hat sich das Domkapitel nach dem Tode des letzten Bischofs von Konstanz als solches gerirt, und konnte es sich als solches geriren? Hier erscheinen auf allen Seiten Widersprüche. Bei Gelegenheit der Trennung des Schwei-

zer Anthells des Bisthums, wozu der Fürstprimas seine Einwilligung ohne Wissen und Willen seines Domkapitels gegeben hatte, trat Namens des letzteren der Hr. Dr. Reiningger auf, und suchte die Rechte des Kapitels, die der Bischof nicht beachtet hatte, durch eine Verwahrung zu salviren. In der Koadjutoriegeschichte betrug es sich ganz passiv und scheint auch diesen Schritt ganz mißbilligt zu haben, weil es nach dem Tode des Fürstprimas, als Bischofs zu Konstanz, nach der Bestimmung des Kirchenraths von Trient *Sess. 24. cap. 16. de reform.* einen Kapitelsvikar in der Person des Hrn. v. W. erwählte. Jedem, der diese Thatsachen beobachtet, dringen sich daher bedenkliche Zweifel auf, ob sich das Kapitel immer gleich geblieben und als solches benommen habe. Dann entsteht noch die 2te Frage: ob es sich als solches geriren konnte? Bekanntlich befinden sich nur wenige Kapitulare in Konstanz, und diese haben sich, wie wankende Rohre, die sich nach jeder Seite bewegen, dargestellt? Wer kann dann ein Vertrauen auf einen solchen Kapitularakt setzen? Ist nicht gegründete Vermuthung vorhanden, daß sie nicht mehr, als Automaten, sind, die sich nach jedem Impulse des Hrn. v. W. richten? Wäre nicht aus unwidersprechlichen Belegen, die selbst die Denkschrift der großherzoglichen badischen Regierung liefert, bekannt, daß hier alles unter dem Einflusse des Hrn. v. W. und seiner Adhärennten steht, daß bei

einem Theile des Klerus buchstäblich eintrifft: *oculos habent, et non vident, aures habent, et non audiunt, nares habent, et non odorantur*, so könnte noch einiger Anstand obwalten; aber wer unpartheiisch ist, kann ein richtiges Urtheil fällen; was soll man denn von einem solchen Gremium halten? Kann man es als solches, bei solchen inkonsequenten Schritten, noch betrachten? Es war daher ganz unverdiente Schonung, wenn Se. päpstliche Heiligkeit dieß Gremium als solches noch anerkennen. Doch auch unter dieser Voraussetzung ist die Frage: ob das Domkapitel zu Konstanz unter seinen gegenwärtigen Verhältnissen einen Kapitelsvikar bei der Erledigung des Bisthums zu ernennen habe? mit Nein zu beantworten. Hr. Koch ist ein so beschränkter Kanonist, daß er selten in den Geist eines Gesetzes eindringt, sondern jedes wie einen Klepper betrachtet, auf dessen Rücken er sich wirft, die Sporne einsetzt, und in den Galopp fällt. Das Trident. welches er zitirt, ist mir ehrwürdig; allein bei der Anwendung auf den vorliegenden Fall erheben sich die wichtigsten Bedenklichkeiten. Zwar können diese Hrn. Koch nicht unbekannt seyn, aber von allem, was seinen Grundsätzen nicht zusagt, nimmt er Umgang. Meine Bedenklichkeiten sind folgende: a) die Anordnung des Kirchenraths zu Trient *Sess. 24. cap. 16. de reform* hat schlechterdings keine Anwendung auf den Fall, wo dermalen ein Bis-

thum in Deutschland in Erledigung kömmt. Die tridentinische Gesetzgebung ist auf den Fall berechnet, wo bei einem erledigten Bisthume die Domkapitularen im Stande sind, das Bisthum durch Wahl innerhalb 3 Monaten zu besetzen. Für diesen wird ihnen die Vorschrift gemacht, einen Kapitelsvikar in der Zwischenzeit aufzustellen; nun ist aber dieser Fall in der Lage der deutsch-katholischen Kirche nicht ausführbar, es kann also diese Stelle in gar keine Anwendung kommen. *b)* Wollte man ihr eine Anwendung gestatten, so müßte man auch der Stelle der alten Konkordate eine geben, nach welcher das Devolutionsrecht eintritt, wenn der bischöfliche Stuhl binnen 3 Monaten nicht besetzt ist. Es stünde also dem Papste zu, da von den 12 erledigten Bisthümern von Deutschland, welche binnen 3 Monaten nicht besetzt worden sind, sein Devolutionsrecht auszuüben, und welche Regierung, wenn sie, wie die badische, die alten Konkordate noch als geltend ansieht, könnte sich, ohne Inconsequenz zu begehen, gegen die Benennung eines Bischofes durch den Papst erklären? Welche von den deutschen Regierungen wird aber dieß zugeben? Wie weit gerechter und billiger war der Papst, der bei veränderter Lage der Dinge, wozu er seine Einwilligung nicht gegeben hatte, doch so bescheiden war, ein Recht nicht in Anwendung bringen zu wollen, welches einer bestimmten Veränderung entgegen sah?! *c)* Der-

malen kömmt bei allen deutschen Bisthümern nicht die bezeichnete Stelle wegen Aufstellung eines Kapitelsvikars, sondern es kommen folgende Grundsätze in Anwendung: 1) Jeder Episcopat ist mit dem Tode eines Bischofs im eigentlichen Sinne verwaist. 2) Das Kapitel kann die verwaiste Kirche durch Wahl nicht bestellen, seine ihm in dem gemeinen Rechte gegebenen Befugnisse sind also als suspendirt anzusehen. 3) Jede verwaiste Kirche fällt daher unter die unmittelbare Besorgung des Oberhauptes der ganzen Kirche zurück, — Das Domkapitel zu Konstanz hatte daher kein Recht, einen Kapitelsvikar aufzustellen, sondern war lediglich verbunden, bloß die Anzeige von der Erledigung des Bisthums zu machen, und sich einen apostolischen Vikar zur Administration desselben zu erbitten. Wenn der Papst mehr zugab und der Wahl eines Kapitelsvikars nicht widersprach, so war dieß unverdiente Gnade, und kein Recht, auf welches dasselbe Anspruch machen konnte.

2) Ist die von dem Domkapitel geschehene Aufstellung eines Kapitelsvikars in der Person des Freiherrn von Wessenberg in Form Rechtens geschehen? Nein. Wenn man auch übergehen will, was bei der vorhergehenden Frage erinnert worden ist,

und will, wie die Frage anzeigt, sich bloß an die gewählte Person halten, so steht der Gültigkeit in der Form *Rechtens*, das *cap. 7. X. de elect.* entgegen. In demselben ist bestimmt, daß, wer wesentlich einen Unwürdigen wählt, auf drei Jahre seines aktiven Wahlrechtes privirt seyn soll. Nun war den Domkapitularen bekannt, daß der Papst schon bei dem verlebten Bischofe von Konstanz auf die Remotion des Hrn. v. W. von der Stelle eines Generalvikars angetragen hatte; es war ihm bekannt, daß der Bischof selbst für gut fand, noch bei seinen Lebzeiten einem Hrn. v. Roll mit scheinbarer Remotion des Hrn. v. W. diese Stelle zu übertragen, wie mögen die Kapitularen daran kommen, eben diesen Mann zu wählen, der so legal *exclusivam* bekommen hat? Wenn die Kirchengesetze dann noch ausdrücklich die Wählenden verbinden, unter den Würdigen den Würdigeren zu wählen *Can. 15. C. 8. q. 1.*, wie viel weniger kann eine Wahl bestehen, die auf einen Unwürdigen fällt? „Man konnte zwar dagegen einwenden: „es sey nicht „juridisch hergestellt, daß der Hr. v. W. als „*indignus* zu betrachten sey.“ Allein es bleibt gewiß immer eine große Vermessenheit, einen Mann geradehin zu wählen, dem der kirchliche Obere *exclusivam* bereits ertheilt hat, und den sein eigener Bischof schon entfernt hatte; und wenn auch ein juridischer Beweis nicht faktisch her-

gestellt ist, so hat doch der kirchliche Obere die Präsumtion für sich, daß er aus Gründen handle, und es verräth eine ganz heterodoxe Tendenz von Seite des Domkapitels, Uneinigkeiten herbeiführen zu wollen. Wie? wenn der weltliche Regent einen Dikasterialvorschlag zur Besetzung einer Staatsstelle zwar verlangen, aber ausdrücklich erklären würde, daß man ihm ein bestimmtes Subjekt nicht vorschlagen möge, weil er demselben im Voraus kein Vertrauen schenken könne; was würde man von einem solchen Kollegium denken, wenn es dessen ungeachtet nur dieß Subjekt und kein anderes vorschlagen wollte? Entweder müßte eine solche Staatsstelle sehr dürftig an tauglichen Subjekten seyn, oder sie müßte ihrem Regenten imponiren, und ihn für einen Oelgötzen halten wollen? dieß ist der gleiche Fall auch hier. Hr. v. W. ist daher keines Wegs in der Form Rechtens gewählt. Dann wer die eigentlichen Verhältnisse der 5 Individuen, die das dortige Domkapitel ausmachen wollen, kennt, wird sich leicht überzeugen, daß ihnen die Vermuthung entgegen stehe, daß sie leicht haben getäuscht werden können, und eines dritteren *Simonia a lingua* in diesem, wie in dem Fall der Trennung des Schweizer Antheils, sehr geschäftig gewesen seyn, und zu einen anomalen Schritt verleitet haben könne.

3) Ist zur Rechtsgültigkeit der Aufstellung eines Bisthums - Verwalters durch das Domkapitel eine päpstliche Bestätigung erforderlich? Hr. Dr. Koch hat sich außerordentliche Mühe gegeben, und den ganzen Kram seiner Kollektaneensammlung ausgelegt, um zu zeigen, daß eine solche Bestätigung weder vor, noch nach dem Koncilium von Trient als nothwendig angesehen worden sey; er beruft sich auf einen erzorthodoxen Kanonisten auf P. Gregor Zallwein *O. S. B. universitatis Salisburgensis rectorem magnif. Tom. IV. q. 2. cap. 3.*, und auf noch andere bewährte Schriftsteller. Allein diese ganze Deduktion kann ich auf ihrem Werth oder Unwerth beruhen lassen. Sie ist im Bezuge auf die Frage in den dermaligen Zeitumständen, und im näheren Bezuge auf Deutschland ein wahrer Galimathias! Man kann zugeben, daß die ehemaligen Presbyterien während der Sedis-Vacanz keine Bestätigung, weder von den Metropolitnen, noch dem Papste, brauchten; *) man kann zugeben, daß die, in die Stelle der alten Presbyterien einrückenden, Domkapitel bei der Administration der erledigten Bisthümer weder von Seite des Metropoliten, noch von Seite der Päpste

*) Doch ist dieß nicht ganz richtig, denn gewöhnlich kam der Metropolit oder der benachbarte Bischof in die Diöcese, um die Administration zu führen, und die Wahl zu leiten. (*Thomassin V. et N. E. D.*)

eine solche Bestätigung nothwendig hatten; man kann zugeben, daß sie auch der Kirchenrath von Trient nicht foderte. Was folgt hieraus? Offenbar ist diese ganze Gesetzgebung für den Fall berechnet, wo der Episkopat bestellt werden kann. Den gegenwärtigen Fall, in welchem sich die deutsche, und, wenn man will, auch die französische befindet, dachte man sich, und konnte man sich nicht denken. Deutschland ist wirklich eine *terra missionis* geworden. Die katholische Kirche ist zwar nicht als rechtlos förmlich deklariert, wird aber als solche faktisch behandelt. Die weltlichen Regierungen haben die Diöcesangränzen auseinandergerissen, die Bischöfe sind größtentheils gestorben, die Kapitel dürfen sich seit 16 Jahren als solche nicht geriren. Keinen Zweig der alten Staatsverfassung hat man stehen lassen. Auf welches Fundament kann sich die deutsche Kirche berufen? und was ist ihr bisher zugestanden worden? Ist sie wohl auch nur gehörig repräsentirt? Diefs sahen die weltlichen Regierungen wohl selbst nur zu gut ein, und nach dem Abschlusse der rheinischen Bundesakte, wodurch die Ueberbleibsel der alten Reichsverfassung zernichtet wurden, kehrte sich kein Souverän mehr an das alte Recht, und keine (politisch todte) geistliche Stelle reklamirte ihre alten Rechte. Starb ein Bischof, so war man von Seite der weltlichen Regierungen weit entfernt, das Kapitel zur Bisthumsverwesung zuzulassen.

Man gestattete nichts mehr, als daß das Vikariat bei dem Papste um einen Vikarium apostolicum nachsuchte. So benahm sich Baiern bei Erledigung der Bisthümer Bamberg, und Würzburg, So benahm sich Würtemberg als der Probst von Ellwangen starb: Es verlangte für jenen Theil, der zur Diocöse Augsburg gehörte, und in das Königreich Würtemberg sich erstreckte, einen Vikarium apostolicum, und erhielt ihn auch in der Person des Hrn. Fürsten v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Bischofs zu Tempe. Es ist eitler Flugsand, den Hr. Koch dem sachverständigen Publikum mit aufgeblasenen Backen in das Auge zu streuen sucht, wenn er aus der Eigenschaft der alten Presbyterien, aus ihren Rechten und ihrem Verhältnisse zu dem Bischofe, die in der Folge auf die Domkapitel übergegangen seyn sollen, zu erweisen sich bemüht, daß ein Kapitelsvikar keine Bestätigung brauche. Dieß ist das Hauptargument, welches die Wessenbergianer machen. Ich nehme mir daher die Mühe, es näher zu beleuchten. Erstens: was Hr. Dr. Koch aus Thomassin und Zallwein von den Rechten der alten Presbyterien abschreibt, ist in der Wirklichkeit nie gegründet gewesen. Die Presbyterien hatten nie bestimmte Rechte, und bei keinen sahe es, wie bei den anderen, aus. Wer mit der Geschichte der kirchlichen Verfassung genau bekannt ist, wird sich durch die treffendsten Beweise überzeugen, daß vom 2ten Jahrhunderte

an, die Bischöfe frei ihre Diöcesen regierten, sich wenig um die Presbyterien bekümmerten, und ihnen nur einen willkührlichen Antheil an der Regierung ihrer Kirchen zuließen. Wem kann unbekannt seyn, daß die im 4ten Jahrhunderte aufgekommenen, Archipresbytern und Archidiaconen bloße Beamte der Bischöfe waren, da das übrige Presbyterium mehr zum Glanze der Kirche war, als daß es als ein integrierender Theil des Ganzen wäre angesehen worden? Wie sklavisch in dem 7., 8., 9ten Jahrhunderte die Geistlichkeit von den Bischöfen behandelt worden ist, besonders da der freie Mann selten den geistlichen Stand wählte, und dieser nur aus Leibeigenen ergänzt werden konnte, ist nur zu sehr bekannt. Plank in seiner Geschichte der kirchlichen Verfassung 2. 3. Band — hat dies ausführlich dargethan. Wo waren wohl dazumal die Rechte der Presbyterien? Auch als das Chrodegangische Institut sich entwickelte, waren die Rechte der Kapitel prekär, mit unbegrenzter Gewalt beherrschte sie der Bischof. Nur nach aufgehobenem gemeinsamen Leben, und nachdem in Deutschland der Adel das Uebergewicht in den Kapiteln der Kathedralkirchen erhielt, wußte er sich, unterstützt durch die Päpste, einige Rechte zu erkämpfen; diese Rechte rühren nicht von den alten Presbyterien her, sondern sind neue Rechte, die durch die neuen Verhältnisse erzeugt worden sind. Um diesen Rechten

eine Stütze zu verschaffen, haben die Päpste sich nur auf die alten Presbyterien, jedoch bloß analogisch berufen, um den Schein der Neuheit dadurch zu vermeiden. Nie übten also die Kapitel diese Rechte als Presbyterien aus, sondern der wahre Grund, aus welchem sie zu diesen gelangten, war der Kondominat, in welchem im Bezuge auf die Kirche im komplexen Sinne Bischof und Kapitel ehemals standen, oder doch stehen wollten. Die Richtigkeit dieser Bemerkung geht bis zur vollen Ueberzeugung daraus hervor, weil sich dieselben eben so, und noch mehr weltliche als geistliche Rechte, da die Bischöfe zur Reichsstandschaft sich emporschwangen, beilegte. Wie wenig sie sich als Presbyterien gerirten, und geriren wollten, zeigt das Kapitulationswesen, in welchem diese Verhältnisse ein *rara avis* sind. Aus den alten Presbyterien und deren Rechten kann also auf gegenwärtigen Fall gar kein Schluß gemacht worden; theils sind diese nicht bestimmt, theils antiquirt. — Zweitens: der Grundsatz: „Der Episkopat stirbt nicht aus, oder das Presbyterium tritt nach erledigtem Stuhle in die Diöcesanverwaltung ein,“ ist eine Adsertion, die theils keinen Grund hat, theils nur im Ausnahmefalle mit vieler Beschränkung anerkannt werden kann. Diese Adsertion hat theils keinen Grund — nicht in der Natur der Sache; denn es läßt sich nicht zeigen, daß ein Presbyterium dem

Episkopate wesentlich sey. Immer bleibt es eine nützliche, und wegen des Nutzens sehr verehrungswürdige Anstalt, aber es kann doch ein Bisthum ohne Presbyterium gedacht werden, und rechtlich existiren, ja es existiren gewiß sehr viele in Italien und Neapel, die mit keinem Presbyterium versehen sind — noch in den Gesetzen: — Wo ist ein Gesetz, das den Ausspruch: „die bischöfliche Würde stirbt nicht aus“ bestätige? Zwar haben wir Gesetze, welche den Kapiteln bei der Stuhlserledigung die bischöfliche Gerichtsbarkeit in der Ausübung überlassen, allein wem dringt sich nicht die Bemerkung auf, daß dies nicht aus der Natur dieser Anstalten, sondern von der gesetzgebenden Gewalt der Kirche herrühre. Ihre Gewalt ist also nichts, als *delegatio*, die man für gut gefunden hat, durch Gesetze zu bestimmen. Dies ergibt sich augenscheinlicher dadurch, daß eben diese Gerichtsbarkeit durch gleichfalsige Gesetze beschränkt worden ist, und von dem Maasse abhängt, das man ihr vorschreibt. Die Domkapitel haben also offenbar nicht in sich, sondern von

*) Welchen Lärm man damit zur Zeit der *Demelées* zwischen Pius VII. und Napoleon machte, ist aus dem *Journal des Cures*, aus dem *Moniteur* und anderen französ. Blättern bekannt. Durch die Festigkeit der Majorität der französischen und italienischen Bischöfe löste sich diese Saifenblase auf.

der Gesetzgebung der kirchlichen Oberen ihre Gerichtsbarkeit; sie kann daher als keine *jurisdictio propria*, sondern muß als *Vicaria* anerkannt werden. Ist sie aber dieß, so hängt sie von dem Kirchenoberen ab, und dessen Konzession ist entweder *actu*, für jeden Fall nothwendig, oder ist sie *per legem* gegeben, so steht sie doch unter der Oberleitung des Superiors, und ist davon dependent. Drittens: dies hat das Domkapitel zu Konstanz selbst gefühlt. Das Domkapitel mußte wissen, daß es nicht *acephalum* sey, noch seyn könne; es mußte wissen, daß es den bischöflichen Stuhl innerhalb drei Monaten nicht durch freie Wahl besetzen könne; es konnte ihm nicht unbekannt seyn, daß die Kirche zu Konstanz aus wichtigen Ursachen die Aufmerksamkeit des päpstlichen Stuhls schon erregt hatte, würde es daher eine solche Anzeige nicht gemacht haben, so wäre das *Jus devolutionis* nach 8 Tagen nach der Bestimmung des Kirchenraths von Trient eingetreten. Nun aber, da diese Anzeige geschehen ist, so mag zwar jenes Recht nicht in Anwendung kommen; aber was konnte der Papst anderes thun, und was hätte er anders thun sollen, als nach dem *cap. 7. X. de elect.* fortzufahren, d. i. die Kapitularen, die wissentlich einen Unwürdigen wählten, zu suspendiren, und aus eigener Macht einen Bisthumsverweser zu bestellen. Und doch that dieß der Papst nicht, son-

dern begnügte sich, dem Kapitel blofs die Wahl
 eines andern Subjektes aufzugeben. Gewifs eine
 grofse Mäfsigung! — Viertens: um aber den Ga-
 limathias des Hrn. Dr. Koch ganz in seiner Blö-
 se darzustellen, so zeige ich, dafs die bestehen-
 den Kirchengesetze über den fraglichen Punkt ganz
 und gar bei der jetzigen Lage der deutschen Kir-
 che in keine Anwendung kommen, sondern der-
 gleichen Geschäfte nach ganz anderen Prinzipien
 regulirt werden müssen. Es ist in Deutschland so
 weit gekommen, dafs die katholische Kirche fak-
 tisch als rechtlos erklärt ist. Preussen hat
 in seinem kathol. Entschädigungsländern alle alte
 katholische Verhältnisse als aufgehoben erklärt,
 greift in seinen Regierungsmaximen, in seinem bür-
 gerl. Gesetzbuche die kathol. Kircheverfassung offen an
 (wie diels mit vielen Stellen z. B. in den Ehegesetzen
 bewiesen werden kann) hat alle rein katholischen
 Unterrichtsanstalten vernichtet. Preussen hat nicht
 einmal das alte Kathedralkapitel in Breslau bei
 seiner Existenz belassen, sondern ein schismati-
 sches intrudirt. Es hat das katholische Kirchen-
 gut in Schlesien widerrechtlich eingezogen, in
 der Lausitz dasselbe mit den Protestanten getheilt,
 in noch hundert Thatsachen durch gänzliche Ver-
 nachlässigung aller katholischen Kultanstalten
 an den Tag gelegt, dafs es mit Sturmschritten da-
 hin strebe, die katholische Kirche in seinem Ge-
 biete zu vernichten. Nicht anders handelt man
 im Königreiche Württemberg. Man lese

Werkmeisters Schrift über die in diesem Lande getroffene katholische Kircheneinrichtung, und staune! Ich werde eine eigene Gelegenheit ergreifen diese Schrift zu würdigen, und zu zeigen, wie hart die katholische Kirche, wie unbillig und ungerecht sie behandelt wird. So ist es im beiden Hessischen, in den Nassauischen Landen, und durchgehends unter allen protestantischen Fürsten. Dieses Bild könnte ich mit den niederschlagendsten Farben ausmalen, wenn es der Raum dieser Schrift erlaubte. Nun aber frage ich: ob, da man das alte Kirchenrecht überall mit Füßen tritt, da man, was durch die Säkularisation gar nicht aufgehoben werden sollte, doch von selbst aufhebt, und wenn es von Seite der Kirche geltend gemacht werden will, mit Gewalt unterdrückt, ob man auf die alten Rechte gegen Rom sich berufen könne? Die Säkularisation gleicht der Verwüstung, die durch die Völkerwanderung in der christlichen Kirche angerichtet worden ist, und ist weit ärger, als diese. Diese Verwüstung richteten unwissende Barbaren an, nun geht sie aber von einem Bunde geflissentlich aus. Was soll bei diesem Geiste der Zerstörung das Oberhaupt der Kirche thun? Da man kein Kirchengesetz von Seite der Regierung respektirt, da ein großer Theil von Deutschland ganz anarchisch sich gegen die kathol. Kirche betrügt, wer kann es dem Papste verargen, wenn

er zu ausserordentlichen Mitteln greift, und wenn er bei den heterodoxen Geist, der unter einem Theile des Klerus herrscht, unmittelbar die Sorge für diese Kirche übernimmt? Wer trüge die Schuld von ausserordentlichen Mafsregeln — der Papst, oder die Deutschen selbst? Man schreiet viel über römischen Despotismus; aber man mufs sagen: wir sehen den Splitter in den Augen der Anderen, aber den Balcken in unseren übersehen wir. Kurz: die deutschen protestantischen Regierungen achten in keinem Stücke das katholische Kirchenrecht, der Papst wäre daher auch gar nicht verbunden es in Anwendung zu bringen, und konnte unmittelbar Verfügungen für manche deutsche Kirche treffen. Das Tridentinum haben die Deutschen bisher nicht geachtet. Es gälte daher Retorsion. —

Hr. Dr. Koch geht aber noch weiter, als ihn die dritte aufgeworfene Frage führt. Er ist von Pag. 38 an ganz damit beschäftigt zu zeigen, dafs man den Papst bei einer Bisthumserledigung und Weiderbesetzung gar nicht nothwendig habe. Sein Vorschlag ist folgender: „wir haben an den Presbyterien eine Anstalt, mit der man alles, was man will, anfangen kann. Diese Presbyterien - Domkapitel - haben die bischöfliche Jurisdiktion in sich. Da sie sich selbst ergänzen können, so sterben diese nicht aus, las

„se man daher vor allem diese einen neuen Bi-
 „schof wählen! Ist ein sogenannter Weihbischof
 „*episcopus in partibus* vorhanden, so wird dieser
 „durch die bloße Wahl schon *ordinarius*, denn
 „ein Bischof wird nach göttlichem Rechte durch
 „die Weihe selbst Bischof durch die ganze Welt
 „(?). Durch die Wahl auf eine bestimmte Diöcese,
 „wird er dann Diöcesanbischof derselben. Er
 „stört daher die Kirchenordnung nicht, wenn er
 „diese Diöcese, zu der er gewählt worden ist,
 „übernimmt, dazu wird er durch die Wahl be-
 „rechtigt. Nun aber kommt es zu seiner Kon-
 „firmation, oder, wenn es kein *episcopus in par-*
 „*tibus* war, zu seiner konfirmation und Konse-
 „kration zugleich. Aber man höre und lese! Hier-
 „über schlägt Hr. Dr. Koch vor: „das alte Konfir-
 „mationsrecht des Papstes hat aufgehört; denn die
 „Konkordate haben aufgehört; es geht daher al-
 „les auf das ältere Kirchenrecht zurück, und die
 „Gesetze *d. 62. can. 1. cap. 2. X. de elect. D.*
 „*65. can. IX.* treten ein. Das Presbyterium wen-
 „det sich an den Metropolit, oder wenn die-
 „ser nicht mehr existirt, an den nächsten Bischof,
 „und ersucht ihn um die Ordination seines ge-
 „wählten Bischofes. Diefes ist gemein Rechtens,
 „wovon die Konkordate nur die Ausnahme bis-
 „her machten. Wollten daher die Bischöfe in
 „Oesterreich, Frankreich und den Niederlanden,
 „eine solche Ordination abschlagen, so würden sie
 „sich gegen die Synode von Sardika *D. 65. can. IX.*

„verfehlen.“ Ich parodire zuerst die ganz durch chiefe Anwendung gesetzlicher Stellen, verkrüppelte Darstellung. Das Volk und der Klerus haben bis in das vierte Jahrhundert, ohne Einwirkung irgend einer weltlichen Gewalt das Recht gehabt, den Bischof zu wählen. Es trat daher in jeder verwaisten Diöcese in Deutschland das Volk und der Klerus zusammen, und wählte sich einen Bischof. Die Bisthümer in Deutschland waren reichlich fundirt; diese Foundation hat diesen ewigen Anstalten nicht entzogen werden können. Sie haben auch in diese Entziehung nicht eingewilligt. Das Volk und der Klerus reklamire daher ihre Rechte. Durch den Kirchenrath von Nicaea ist dem Erzbischofe das Konfirmationsrecht, welches er zuvor *iure consuetudinario* ausübte, übertragen worden; wir haben aber in Deutschland keine Erzbischöfe mehr, es ist uns daher nichts übrig, als die Anordnung der Synode zu Sardika zu befolgen, und uns an den Papst zu wenden. Die Bischöfe von Oesterreich, Frankreich und den Niederlanden, da sie von einer andern Nationalkirche sind, und da ihnen die deutsche nichts angeht, dürften große Bedenklichkeiten haben, die Freiheiten der deutschen Kirche zu verletzen. Es möchte demnach nichts übrig seyn, als auf die Bischöfe der griechisch-schismatischen Kirche zu rekurriren!!! Nun aber auch eine rechtliche Antwort. Hr.

Dr. Koch scheint sich bloß bei dem Dekrete Gratians, aus welchem er seine Waffen holt, an den ersten Theil des Titels: *Corpus juris canonici* — gehalten zu haben, und die Bedeutung des nachfolgenden: *concordia discordantium canonum*: entweder nicht verstanden oder geflissentlich übersehen zu haben; sonst hätte er nicht übersehen können, daß Gratian diese Stellen als antiquirtes Kirchenrecht anführt, und ihnen das geltende entgegen setzt. Wenn also Hr. Dr. Koch aus ihnen einen Beweis nehmen, und sie als geltend anführen will, so kann er mit eben dem Grunde die Immunität der Kleriker und die Zehnten als göttliche Anstalt vertheidigen, und keine bindende *ratio disparitatis* wird dagegen angegeben werden können. Ferner: die Einrichtung der Kirche, von der Hr. Koch spricht, ist schon im 5ten Jahrhunderte mit der Völkerwanderung zu Grunde gegangen, und nur so weit noch erhalten worden, daß bloß die Metropolen bis in das 11te ihr Konfirmationsrecht noch erhielten, bis auch dieses gar erlosch. Da keine Spur mehr seit 7—8 Jahrhunderten von diesem Rechte vorhanden ist, wer mag behaupten, daß es noch rechtlich existire, und jetzt willkührlich in Anwendung gebracht werden könne? Weiter: das Konfirmationsrecht der deutschen Bischöfe hat die Nation vor beinahe 5 Jahrhunderten in einem feierlichen Vertrage dem Papste eingeräumt. Als ihm dieses

durch die Reformation das erstemal geschmälert wurde, so willigte er nicht einmal stillschweigend ein, sondern legte seinen feierlichen Widerspruch ein. Als dieß zum zweitenmal (1803) geschah, so wiederholte er 1815 durch seinen Legaten auf dem Kongresse zu Wien die erste Protestation und verband damit die zweite. Wer wird sich nach den Grundsätzen des Natur-, Staats- und Völkerrechtes zu behaupten getrauen, daß so feierliche Verträge nach Willkühr konnten umgestosen werden? Die Nation würde ihren geraden Sinn, der in ihrem Charakter hervorsteht, ganz verläugnen, wenn sie ihr Ohr einigen Menschen leihen würde, die keine Deutsche sind, und die in die Kabinette der deutschen Fürsten einen verabscheuungswürdigen Machiavellismus bringen wollen. Würde man nach diesen Vorschlägen mit dem Papste verfahren, so würde man ihn berechtigen, auch seine geistlichen Waffen dagegen anzuwenden. Wenn unübersehbares Unheil erfolgte, wenn die Flamme eines Religionskrieges aufloderte, wer wäre die Veranlassung zu so heillosem Unglücke? Gewiß könnte man dann keine Schuld auf den Papst werfen, sondern die geflüßentlich von diesen Reformatoren mißleiteten weltlichen Regierungen trügen sie! *)

*) Es verräth eine sehr geringe Kenntniß der Kirchengeschichte, wenn Hr. Koch die Kirchenverfassung in dem 4. u. 5ten Jahrhunderte, die ihm apostolisch scheint, so sehr

4) Ob, unter welchen Umständen, und wie der Papst einen Bisthumsverwalter suspendiren oder absetzen könne? Diese Frage ist zwar ganz bestimmt, und umsichtlich in der Schrift: „die gegenwärtige Lage des Bisthums Konstanz,“ behandelt worden. In der Frage 3. werden die Gründe, wegen welcher ein Bisthumsverweser suspendirt, oder bei der Annahme verworfen werden kann, ausgeführt. Hr. Koch hätte sich also durch diese Schrift darüber orientiren können, wenn er mit deeselben bekannt gewesen wäre. Sonderbar ist die Beantwortung dieser Frage, wie sie Hr. Koch gibt. „Ein Bisthumsverwalter ist ihm unverletzlich, denn er hängt weder nach seiner Auf-

preist. Die dortmalige Einrichtung leistete bei den arianischen Streitigkeiten nichts, daher fand die Synode von Sardika nur einen Ausweg darin zum Ziele zu kommen, den Rekurs an den Papst zu gestatten. Dieß hätte Hrn. Koch belehren können, daß bei dem von ihm gemachten Entwürfe einer deutschen Kirchenverfassung vielleicht eben dieser Zustand herausgekommen wäre, wie er im 4ten und 5ten Jahrhundert war, und daß man daher bald auf eine gleiche Einrichtung hätte zurückkommen müssen. Vergl. die Gegenschrift: das für die katholische Kirche in Deutschland neu projektirte Patriarchat. Hrn. Koch's Vorschläge möchten freilich nur durch eine *mission bottée* durchgehen. Es wäre daher am besten, der, in Frankfurt niedergesetzten, Kommission zu einer Militärverfassung auch die Vorschläge zur künftigen Verfassung der katholischen Kirche zu übertragen. !?!

„stellung vom Kapitel, noch vom Papste mehr ab,
 „sondern von der ganzen Kirche. Soll ihm also ein
 „Kriminalprozeß gemacht werden, so ist er nach
 „C. VI. q. 4. can. 1 — 5, mit Zuhandenehmen
 „der Baseler Dekrete zu richten, und die Sache
 „ist durch eine Provinzialsynode zu erörtern. Ob-
 „gleich das Trident. Sess. 24. cap. 5. de reform.
 „die Kriminalklagen gegen die Bischöfe, wenn
 „sie auf Absetzung hingehen, dem Papste vorbe-
 „hält, so soll er doch nicht anders, als mit
 „Zuziehung einer Provinzialsynode das Endurtheil
 „fällen können. Auf jeden Fall, auch wegen des
 „*jus non evocandi*, wobei der Landesherr als sol-
 „cher, und als Schutzherr der Kirche interessirt
 „ist, könne niemand als ein Synodalgericht die
 „Sache entscheiden“ Ich antworte: bald sieht es
 aus, als wenn ein Kapitelsvikar außer der Sphäre
 aller Gesetze stehe! Sonderbares Raisonement! der
 Kapitelsvikar soll nach seiner Aufstellung nicht
 mehr von dem ihn aufstellenden Kapitel abhän-
 gen, aber auch nicht von dem Oberhaupte der Kirche,
 welches sich um ihn nichts zu bekümmern habe. Der
 Grund: er hängt von dem Kapitel ab, in dessen Wahl
 sich das Oberhaupt der Kirche nicht einzumischen
 hat! Also ist ein solcher Vikar *ἀνεφαλούς*, welche un-
 förmliche Behauptung! Doch Hr. Dr. Koch len-
 ket ein. Er gibt zu, daß ein solcher Vikar aus
 kanonischen Ursachen einer Suspension oder Ab-
 setzung könne unterworfen werden, er stellt daher
 die weitere Frage: ob die Untersuchung für das

Kapitel, oder unmittelbar zu dem päpstlichen Stuhle geeignet sey? Hr. Koch ist über den, sonst bei ihm angesehenen, van Espen sehr ungehalten, daß er glaubt, das Kapitel könne ebenso, wie der Bischof, *ex justa et rationabili causa* die dem Vikar verliehene Gewalt zurücknehmen, und besteht darauf, daß er nicht vom Kapitel abhängen, sondern Vicepastor sey. Etwas inconsequent ist freilich diese Behauptung, da er die Rechte der Presbyterien oben so hoch erhoben, und sie eigentlich als den Stamm des Episcopates dargestellt hat; wie dieser Ast — der Vikar — ohne seinen Saft von dem Stamme zu ziehen, nicht dürre werden, und wie er sogar sich vom Stamme losreißen, und doch als eigener Baum blühen soll, sehe ich nicht ein. Doch da Hr. Koch zugibt, daß ein Kapitelsvikar unter die Kategorie der Bischöfe gehöre, so ist nur noch zu prüfen, wer in einer solchen Kriminalsache Richter sey könne. Bei mir — und ich möchte noch viele alte Rechtslehrer auf meiner Seite haben — gilt das *axiom*: „*lex posterior derogat priori*,“ das Dekretalenrecht hat vor dem Gratianischen den Vorzug, und das Tridentinum wieder vor diesem. Wenn daher Letzteres im Einklange mit dem Dekretalenrechte *l. c.* sagt: „*Causae criminales graviores contra episcopos, etiam haeresis, quod absit, quae suspensione aut privatione dignae sunt, ab ipso tantum summo romano pontifice cognoscantur et terminentur*,“ so scheint kein

vernünftiger Grund obzuwalten, daß der Papst nicht Richter seyn könne, um so weniger, als der Kirchenrath von Trient ausdrücklich bestimmt, daß, wenn hiebei Lokalkommissionen nothwendig seyn sollten, diese dem Metropolitan und Bischöfen *a beatissimo Papa eligendis* — es stehet nicht dabei: *in partibus* — übertragen werden sollen, welchen bloß die Instruktion der Sache, und nicht das Endurtheil kommittirt werden darf. Sorgfältig werden a. a. O. die *causae minores* unterschieden von den *majoribus*, welche letztere an die Provinzialsynode, oder an eine Synodaldeputation gewiesen werden. Wie daher diese Stelle dem Hrn. v. W. könne zu Gute kommen, ist gar nicht einzusehen. Man mag den Kapitelsvikar in die Kategorie der Bischöfe oder der Priesterstellen, so hat er seinen Richter; aber sagt man: dieser muß ein deutscher *in partibus* seyn. Allein wo ist dieß auch bestimmt? Die Konkordate gelten nicht mehr. Die *Curia constantiensis* kann einmal nicht Richter seyn; kein Metropolit ist mehr vorhanden; Hr. v. W. hat das *Forum praeveniendo* gegründet; man muß also fortfahren nach dem Axiom: „*lis ubi coepta, ibi finienda*.“

5. Ob im vorliegenden Falle die päpstlichen Breven gegen die allgemeinen und besonderen deutschen Kirchenrechtsgrundsätze und gültigen Gesetze anstoßen?

Ich antworte mit dem einfachen: Nein. —
 Erstes Factum: Schon 1814 machen Se. päpstl. Heiligkeit den hochseligen Fürstprimas, als Bischof zu Konstanz, auf die Lehre und das ganze Benehmen des Hrn. Generalvikars v. W. aufmerksam, und verlangen seine Entfernung. Der Herr Bischof entschuldigt seinen Generalvikar, übergeht den Punkt der Lehre, und will weiter nichts wissen, als das der Hr. v. W. als ein guter Musikant, wohl einige Kirchenlieder verbessert habe, worin er aber nichts Arges findet. —
 Zweites Factum: Als der Papst darauf besteht, das die Stelle eines Generalvikars diesem Herrn nicht länger könne überlassen werden, so gibt der Hr. Bischof in der Art nach, das ein Automat — ein Herr von Roll — aufgestellt wird, der diese Stelle übernehmen soll. Bekannt ist es in der ganzen Diöcese, das dieß nur Masque war, und das Herr v. W. nach, wie vor, die Seele der Geschäfte in der *Curia Constansiensis* bei der noch immer zunehmenden Geistesschwäche des Bischofs war. —
 Drittes Factum: 1815 ernannt der Hr. Bischof von Konstanz den Hrn. v. W. ohne alle kanonische Form, zu seinem Koadjutor und Koadministrator im Bisthume Konstanz und erbittet sich die päpstliche Bestätigung; hierauf erfolgt päpstlicher Seits gar keine Erklärung. —
 Viertes Factum: Noch im nämlichen Jahre übergibt Hr. v. W. auf dem Wiener Kongresse eine Schrift: die deutsche Kirche

betitelt, in welcher ganz unkatholische Ideen und feindselige Angriffe auf das Oberhaupt der Kirche vorkommen. Diese wiederholt er in einen Memoire, welches er 1816 auf der Bundesversammlung zu Frankfurt, austheilen läßt, und fodert offen auf, mit dem päpstlichen Stuhle zu brechen, und eine Nationalkirche zu formiren. — Fünftes Factum: 1817 läßt sich Hr. v. W. durch fünf Kapitulare zu Konstanz zum Generalvikar des erledigten Bisthums wählen, erhält aber vom Papste *exclusivam*, und das Domkapitel die Auffoderung, einen andern Generalvikar, *qui bonum apud catholicos nomen habeat*, zu wählen. — Zu diesen historischen Thatsachen folgende rechtliche Bemerkungen: 1) Das Domkapitel, informirt von den Verhältnissen des Hrn. v. W., hatte kein Recht, diesen Herrn zum Kapitelsvikar zu wählen. Wenn der Bischof schon für gut gefunden hat, den Hr. v. W., wenn gleich nur zum Scheine, von der Stelle eines Generalvikars zu entfernen, wie mag das Domkapitel daran kommen, dieß nämliche Subjekt zu wählen? In kanonischen Wahlen soll der *dignior* wenigstens gewählt werden; konnten sich die Kapitularen überzeugen, daß dieß der Hr. v. W. sey? 2) Wenn man sagt: welches sind die Thatsachen, die die *exclusivam* begründen? Wo sind die Kläger? Wo die Beweise? Ist der Beklagte gehört? Wo, und wie hat er sich vertheidigt? Wer ist sein Richter gewesen? Sind die Instanzen eingehalten wor-

den? Ist das Gericht kompetent gewesen? Hat er nichts gegen die Personen der Zeugen zu sagen? — So kann man antworten: warum hat der Hr. Bischof von Konstanz von den, gegen seinen Hrn. Generalvikar geführten, Klagen keine Silbe laut werden lassen? Warum hat er ihn kräftig entschuldigt, und warum ist er nicht darauf bestanden, daß die Denunziationen herausgegeben wurden? Warum hat Hr. v. W., dem alles dieß nicht unbekannt war, geschwiegen? Hat nicht der Papst auf Verlangen sogleich die Denunziationen herausgegeben? Hat er sie nicht alle sogleich bescheinigt? Konnte der Hr. v. W. gegen ihre Authenticität etwas einwenden? Ist wohl die Entschuldigung, die er auf einen Verstorbenen schiebt, stichhaltend? Wurde das Oberhaupt der Kirche nicht auf das Empfindlichste gereizt? Wer in der Diöcese Konstanz bekannt ist, weiß, mit welcher Verachtung man dem Oberhaupte der Kirche begegnete, und daß, wer noch eine Achtung dem Oberhaupte der Kirche bezeugte, gehaßt und verfolgt wurde? Wie viele haben dieß in den Inquisitionskerkern der Curie zu Konstanz erfahren? Und einen solchen Mann schlägt das Domkapitel zu Konstanz zum Kapitelsvikar vor? Wie konnte es mit dieser ungültigen Wahl dem Erwählten Rechte geben? War es nicht Schonung des Domkapitels, wenn der Papst mit Verwerfung der Wahl auf den Ernannten *ob gravissimas causas* noch ein Wahlrecht gestattete, welches das

Kapitel für diesen Fall ganz verwirkt hatte? Aber auch, 3) der Hr. v. W. hat einen unbegrenzten Ambitus an den Tag gelegt, und seinen Charakter sehr compromittirt, wenn er in seine Ernennung einwilligte, und sich den Geschäften eines Generalvikars unterzog. Wenn er im Kirchenrechte erfahren ist, und weiß, was es sagen will, eine geistliche Gerichtsbarkeit sich beizulegen, die nicht von der kompetenten Autorität herrührt, wenn er von wahrer Religiosität beseelt, und überzeugt wäre, welches Unheil durch eine Usurpation gestiftet werde, könnte er wohl sich so mißbrauchen lassen, und seinen Namen zu einem wahren Unfuge hergeben? Wie unlogisch, wie schwach, ja wie leidenschaftlich ist doch das Raisonement des Hr. Dr. Koch, wenn er pag. 58 u. 59 zu zeigen sucht, die päpstlichen Breven vom 15. und 21. März des J. 1817 seyn gegen die Rechte des Domkapitels, und dagegen behauptet, die römische Curie sey in einem grossen, und durch nichts zu entschuldigenden Irrthume, wenn sie glaube, durch die Auflösung des deutschen Reichsverbandes seyen die Freiheiten der deutschen Kirche geschwächt, oder vermindert worden. Welcher Widerspruch! oder welches grundlose Urtheil! Was sind denn die deutschen Kirchenfreiheiten? Gehe man auf den Zeitpunkt der Einführung des Christenthums in Deutschland zurück, wo waren sie dazumal? Wo sind die Reservationen, die gemacht worden sind? Wie

sind sie entstanden? Durch heilige Verträge, die mit der so betitelten Nationalkirche errichtet worden sind. Diese Verträge gelten gegen den Papst nichts mehr, aber der Papst soll doch noch immer daran gebunden seyn? Welche Schwäche! Welche Rechte hatte dann die deutsche katholische Kirche vor den Konkordaten? und warum hat sie denn Konkordate geschlossen, wenn ihre Rechte fest und unantastbar waren? Ein Kapitelsvikar soll unantastbar seyn? wer ist dieß in der Kirche? ein Kapitelsvikar wird doch als Vicepastor nicht mehr Rechte, als ein Bischof haben? und wer sagt, daß der Bischof im Punkte der Lehre und Disciplin keine Rechenschaft abzulegen habe? Aber die alte Wahlkapitulation Art. XIV. §§. 1 und 2 giebt die Befugniß, zu verlangen, daß kein deutscher Geistlicher ohne *in partibus* einzuholende Information mit *monitoriis, et comminationibus* beschweret werde, und giebt das Recht, darauf zu bestehen, daß er in Deutschland von deutschen Richtern untersucht werde? Gut! hat wohl der Herr Kapitelsvikar, ehe er in Rom seine Rechnung nicht fand, dieß auch nur verlangt? Was muß der Papst denken, wenn er es dermalen verlangt? Ist ein Theil der Deutschen unpartheiisch? und hat der Papst nicht gleiche Ursache, die Deutschen zu perhorresciren, wie sie Ursache zu haben wähnen, den päpstlichen Stuhl, oder in ihrer Kraftsprache die Römer zu perhorresciren? Will der

Papst recht unpartheiisch verfahren, so setze er eine Kommission aus 1 italienischen, 1 deutschen, 1 spanischen, 1 französischen und 1 österreichischen Bischöfen nieder; wird sich v. W. diese Kommission gefallen lassen? Er will durchgehends von deutschen gerichtet seyn! Diefes will in seinem Sinne nicht mehr sagen, als dafs er sich nur seine Adhärenzen als Richter will gefallen lassen; wenn er sich seiner Sache als einer guten bewußt ist, warum diese Ausbiegungen? Ob durch die Auflösung des deutschen Reichs die Rechte des Oberhauptes an die Souveraine übergegangen seyen, ist eine staatsrechtliche, keine kirchliche Frage, die ich im 2ten Abschnitte noch berühren werde. Hr. Dr. Koch macht noch dem Papste den Vorwurf, dafs die deutschen Souveraine zu seiner Herstellung mitgewirkt, und daher das Schutzrecht der katholischen Kirche, welches sie bei Auflösung des deutschen Reichs überkommen hatten, wirklich ausgeübt hätten. Wer mit der Zeitgeschichte bekannt ist, wird hierbei entweder die Achsel zucken, oder unwillig werden, da unwidersprechliche Dokumente beweisen, dafs nicht Liebe für die gute Sache, sondern Furcht, Zwang, oder Politik es waren, die sie auf die Parthei der guten Sache zurück leiteten.

6. Ob hierin nicht gegen die Staatsgesetze ein anmassender Angriff gesche-

hen sey? — Nein! Das Domkapitel hat dadurch, daß es den Freiherrn v. W. zum Kapitelsvikar wählte, den der Papst im Voraus als unwürdig erklärte, einen Schritt gethan, der, wenn er aus Unwissenheit geschah, Rüge, aus Geflissenheit aber Strafe, d. i. Suspension verdiente. Die *causa* ist rein kirchlich, und in dieselbe hat sich der Staat gar nicht zu mischen, eben so wenig, als wenn sich die Kirche darein mischen wollte, wenn der Staat einen Beamten von seiner Stelle entfernen würde. Der Beamte der Kirche steht unter dem obersten Kirchenimperium, sein Verhältniß zum Staate ist ein accidentelles. Die Staatsbehörde hat sich nicht einzumischen, so bald sie in Kenntniß gesetzt ist, von welchem Verhältnisse sich handle, und dieß kein rein weltliches, oder doch ein gemischtes ist. Und dieß hat der päpstliche Stuhl gethan. Er setzt den höchstseligen Großherzog durch ein besonderes Schreiben, welches noch dazu *Monsignore Carlo Zen*, päpstlicher Legat in der Schweiz, überreichen mußte, in Kenntniß, er that also mehr, als er zu thun schuldig war. Hr. v. W. wird hier als Katholik, Priester und Vorstand einer Diöcese betrachtet. Aus diesen Gesichtspunkten gehört er nicht dem Staate, sondern der Kirche an, er ist unmittelbar ein Glied der in Baden existirenden, katholischen Kirche, aber auch ein Glied der allgemeinen. Es hatte also eine päpstliche Verfügung um so mehr Platz, als Hr. v. W. die Freiheit der badischen kathl.

Kirche unterdrückte. Ein Placet über eine solche Verfügung ist eine Anmassung. In diesem Punkte steht dem Staate keines zu. Aber, sagt man: „H. v. W. ist ungehört verurtheilt, in einem Staate, der eine geordnete Verfassung hat, und es wird sogar dem Regenten noch die Zumuthung gemacht, das illegale Urtheil zu vollziehen.“ Allein hierauf antworte ich: 1) Hr. v. W. wollte bisher nicht gehört seyn. Der höchstselige Hr. Fürstbischof entzog ihn der Untersuchung, und er sich derselben selbst. Er war also gewisser Massen *contumax*, und *per contumaciam confessus*; wie konnte daher der Papst anders handeln? 2) Wenn auch der bädische Staat im Justizfache noch so gut geordnet ist, so ist es nicht weniger der Fall in der Kirche. Gewiß würde man im Großherzogthume Baden gegen einen Staatsdiener, der sich der, aus Gründen gegen ihn verhängten, Untersuchung entzogen hätte, nicht anders verfahren seyn, und es war daher ganz gerecht, das *brachium saeculare* zur Vollstreckung einer Verfügung zu imploriren, die geflissentlich nicht respektirt wurde. Wenn ein Geistlicher ein Staatsverbrechen begeht, und mit der gesetzlichen Strafe belegt wird, würde man es der Kirche nicht übel deuten, wenn sie sich widersetzen, und den Verbrecher nicht mit der passenden Kirchenbusse belegen wollte? Es ist daher durch diese Mafregel dem Staate, und dem öffentlichen Rechte nicht die mindeste Verletzung zugefügt worden.

7) Hat daher der Staat nicht das Recht, den beiden Breven das Placet, und damit alle äußerliche Wirkung zu versagen? — Nein! wie aus dem bereits Gesagten hervorgeht. Diese beiden Breven betreffen einen Gegenstand, der rein kirchlich ist; einen Gegenstand, der sich auf die bürgerlichen Rechtsverhältnisse des Hrn. v. W. nicht bezieht, sondern ihn ledig als Katholiken, Priester und Vorstand einer Diöcese betrifft; einen Gegenstand, der nicht local, sondern universell ist, bei welchen er nicht in seinem Verhältnissen als Bürger, sondern als allgemeines Kirchenglied vorkommt; der Staat ist daher nicht befugt, sich in denselben einzumischen, die Breven zu kassiren, sie als ungültig zu erklären, sondern vielmehr verbunden, die Kirche zu schützen, und ihr Adsisistenz zu leisten.

8) Aus welchem Gesichtspunkte die persönliche Präsentation des Hrn. v. W. in Rom zu betrachten sey? Wenn man diese Frage entschöpfend und ganz gründlich beantworten wollte, so müßte man freilich in die innern Gesinnungen des Hrn. v. W. eindringen können; da aber das nicht möglich ist, so wird mir Hr. Dr. K. erlauben, so wie er seine Ansichten vorgelegt hat, so auch meine mitzutheilen. Es war freilich eine ganz unerwartete Entschliesung, die Hr. v. W., der während seiner Geschäftsführung so viele Gleichgültigkeit und Abneignung ge-

gen den päpstl. Stuhl gezeigt hatte, sich entschloß, persönlich in Rom zu erscheinen. Ob es tiefe Verehrung gegen das Oberhaupt der Kirche und die Absicht gewesen sey, eine evangelische Zurechtweisung unter vier Augen anzunehmen, kann man aus christlicher Liebe zugeben. Hr. v. W., der in seinen Umgebungen sehr zu imponiren wußte, und oft hiedurch sein Ziel erreichte, mag sich vorgestellt haben, daß es ihm auch damit bei der römischen Curie glücken werde. Hiezu mag noch stark gewirkt haben, daß Hr. v. W. darauf kalkulirte, durch seine Beredsamkeit das Herz des heiligen Vaters unmittelbar zu ergreifen, und sich aus der Affaire auf die leichteste Art zu ziehen. Sonderbar ist das Zugeständniß des Hrn. Koch, daß Hr. v. W. dermalen, wo kein Metropolit vorhanden sey, keinen andern Zurechtweiser anerkennen könne, als den Papst. Dieser darf aber, wenn er mit Grunde zurechtweisen will, keine andere, als Deutsche, nehmen, es sey dann, er mache es sehr gelind, welches man sich allenfalls gefallen lassen will. Dem sey aber, wie ihm wolle: das Faktum ist da, Hr. v. W. ist wirklich in Rom. Von welchem Werthe und rechtlichen Folgen ist dieß Faktum? Als Abgeordneter von dem Bisthume Konstanz und als Kapitelsvikar konnte er nicht betrachtet werden; denn weder der Klerus der Diöcese, noch das Kapitel hatte ihn abgeschickt, oder ihm irgend eine Legitima-

tion für sich ertheilt. Als Abgeordneter vom großherzoglichen Hofe konnte er wieder nicht betrachtet werden. Auch daher fehlte es an der gehörigen Legitimation; die badische Denkschrift enthält bloß ein Empfehlungsschreiben, worin von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten seine Sache empfohlen wird. Der Hr. v. W. steht daher in keiner andern Eigenschaft, als in der eines Angeschuldigten, der bereit ist, sich zu rechtfertigen, und der sich im Voraus zu seiner Zurechtweisung versteht. Setze man sich nach diesem Verhältnisse in die Lage des Papstes! Daß er dem Hrn. v. W., — der das päpstliche Ansehen in einen Zeitraume von 17 Jahren, unter der Verweisung des Generalvikariats so tief herunter zu drücken gesucht hatte, der in Wien u. Frankfurt so kühne Manövers gegen dasselbe machte — keine Audienz gestattete, wird ihm nicht verdacht werden können. Wenn er ihn daher so ausgezeichnet noch behandelte, daß er ihn in die Kategorie von diplomatischen Personen setzte, wie mag sich derselbe durch diese Behandlung für beschwert halten? Was wollte Er dann in Rom, wenn er keine Untersuchung und Urtheil wollte? Wie lächerlich müßte sich der Papst benehmen, wenn er den Hrn. v. W. *ex gravissimis causis exclusivam* gibt, und doch letzterer überall angibt, daß keine vorhanden seyn können, daß der päpstliche Stuhl nur vom Mönchsgeschwätze und

von Obskuranten influenzirt worden sey, wie würde er triumphirt, und in den gedungenen Zeitungsblättern gerufen haben: *parturiunt montes!* Was konnte daher anders geschehen, als daß dem Hrn. v. W. die gegen ihn gemachten Denunziationen mitgetheilt wurden? Nun mag der Hr. v. W. die Sache ansehen, wie er will, der Papst zeigte, daß er zur Exclusiva Grund habe; der Herr v. W. fühlte, daß er einer Einlassung nicht entgehen könne, liefs sich auch ohne Protestation ein. Nur als es hiefs: *vox faucibus haeret*, rann- te er, wie ein wahrer *Sancho-pansa* mit dem Ausrufe: Ich bin ein Deutscher, und unter dem Vorwande: er könne sich ohne die Zustimmung seines Regenten in Nichts einlassen, davon. So stand die Sache, als Hr. v. W. von Rom abreiste. Von päpstlicher Seite hielt man das gerichtliche Stillschweigen. Aber der Einfluss, den derselbe auf das großherzogliche Ministerium hatte, vermochte diess, den Weg der Publicität durch Bekanntmachung der bewußten Denkschrift zu betreten. Wenn es einem Tadel unterliegen kann, daß diese Geschichte zur Publicität kam, so trägt wahrhaft Hr. v. W. und das großherzogliche Ministerium die Schuld. Es möchte wohl kein Beispiel in der alten und neuen Geschichte aufzuführen seyn, wo so nachgiebig, wo so umsichtig gehandelt worden ist, als im gegenwärtigen Falle, und fast möchte man versucht werden, dem päpstlichen Stuhle Schwäche

vorzuwerfen. Warum betritt der Papst nicht bei dem ganz hederodoxen und schismatischen Betragen des Hrn. v. W. die kanonischen Wege? Ist es nicht Pflicht, diese zu betreten? So viele Gläubige werden geärgert, so viele zweifelhaft gemacht, so viele tragen noch die Masque eines Katholiken, denen sie längst hätte abgerissen werden sollen. Wenn man je der römischen Politik einen Vorwurf zu machen berechtigt war, so möchte es diesmal der Fall seyn. Hier ist eine christliche Zurechtweisung nicht mehr an ihrem Platze, sondern hier muß es heißen: „*Sit tibi sicut ethnicus et publicanus.*“

9) Ob die in Rom, auf sein Verlangen, ihm vorgelegten Beschwerden der Art seyn, daß sie ihm zum Bisthumsverwalter, oder auch zum Bischofe untauglich machen? Als ich Hrn. Dr. Kochs Gutachten, über die Ausführung dieser Frage durch- als, glaubte ich Anfangs, mich ganz kurz fassen zu können, indem der V. der Schrift: Mehr Noten, als Text; dann der andere: L. D. Beleuchtung des Rechtsgutachtens von Dr. Koch in der Sache des Hrn. v. Wessenberg Mainz, 1819, schon hierauf geantwortet hatten, so, daß vom Hrn. Koch nichts gründlich widerlegt worden. Allein bei nochmaliger Nachlesung muß ich diesem Hrn. das offene Zeugniß geben, daß er doch einer Antwort würdig ist,

eben so wie weiland Dnus Scot's Sophismen es würdig waren. Erstens: ist schon merkwürdig, dass Hr. Koch die Beschwerden des Papstes gegen Hr. v. W. angeblich nach der römischen Ansicht, jedoch ganz fälschlich, unter 2 Klassen bringt. a) Unter jene, welche in der zweiten Note des Hrn. Consalvi, vom 16. Okt. 1817, als durch die Erklärung des Hrn. v. W. vom 12. Sept. d. n. J. nicht hinreichend gehoben, wiederholt vorkommen, und demnach als wichtig und entscheidend angesehen worden sind. b) Unter jene, welche zwar in der ersten Note des Hrn. Kardinals vom 2. Sept. 1817, in der zweiten aber als durch die Beantwortung des Hrn. v. W. als erledigt übergangen worden seyn sollen. — Nicht doch Hr. Dr. Koch! Streuen Sie doch nur keinen Sand in die Augen! Ihre Klassifikation ist den Akten ganz zuwider. Nach denselben muß ja die Grundlage des Ganzen die erste Note des Hrn. Kardinals Consalvi seyn. In dieser kommen zwei Punkte vor: die Beschwerden in Bezug auf die Lehre und in Bezug auf die Disciplin. In ersterem Bezug wußte sich Hr. v. W. sehr fade zu verantworten. Er entschuldigte sich damit, daß er die nothwendigen Papiere nicht an der Hand habe, und sich aus dem Gedächtnisse, auf die nähern Rechtfertigungsgründe nicht zu erinnern wisse, auch da-

mit, daß er unbestimmte, und sehr zweideutige Erklärungen gab; im andern Bezug strich er die Segel weniger, weil er glaubte, mit febronia- nischen, oder dem Zeitgeiste angemessenen Ideen weiter zu kommen. Aber beide Ausflüchte ver- sagten. Daher müssen eigentlich die Klassen der Beschwerden so gestellt werden: Erste Klasse: hat sich Hr. v. W. auf die erste Note in Be- zug auf die ihm gemachten Beschuldigungen in der Glaubenslehre? — Zweite Klasse: in der Disciplin hinlänglich verantwortet. Man prüfe dann die Antworten unpartheiisch! So sehr auch diesen Gesichtspunkt Hr. Koch verschoben hat, so will ich doch auch dem seinigen folgen; denn diese Herrn betrachten ihre Ansichten wie liebe Schooskinder, von denen sie sich nicht trennen wollen. — Daher erste Klasse, erste Beschwerde und Rechtfertigung da- rauf! „Dem Hrn. v. W. wird zugemuthet, die „Kapitularvikars-Stelle niederzulegen, er enthält „sich zwar der Ausübung der Kapitularvikarstelle „persönlich, jedoch mit Vorbehalt seines Rechtes; „kann man mehr fodern?“ Ja! Da das Dom- kapitel und der Hr. v. W. wußten, daß gegen ihn Einwendungen gemacht worden sind. Das Domkapitel hätte daher, wenn es frei in sei- ner Wahl war, klüger; und der Hr. v. W. be- scheidner seyn sollen. Das Kapitel hat sich bei Wählung dieser Person seines Rechtes, wie gezeigt, unwürdig, und Hr. v. W. *propter a m-*

bitum untauglich gemacht. Hr. v. W. hat kein Recht, und weder er, noch das Kapitel haben eine Jurisdiktion. Mögen sie es demnach verantworten, wenn alle ihre Handlungen ungültig sind! Wenn sie sich mit Zwang behaupten! Wahrhaft hörten sie die Sprache des Rechts, der Religion, der Gesetze und Ordnung, sie würden von keiner inkompetenten Macht einen Schutz verlangen, und die grundlosen Manutenezdekrete einer weltlichen Macht würden gewissenshalber von ihnen nicht respektirt werden! Der Hr. v. W. bringt nichts, als Verwirrung in die deutsch-katholische Kirche, und es wäre ihm sehr zu wünschen, er bezeugte keinen blinden Gehorsam den Diktaten der weltlichen Macht, sondern zöge ein *rationabile obsequium fidei* vor!

Keine Verfassung kann bestehen, ohne strenge Handhabung des Rechts, auch die Kirche nicht. Daher kann sie vor Allem fordern: *lite coepta, nihil innovetur!* Hr. v. W. hat bereits 1814 *exclusivam* von der Stelle eines Generalvikars erhalten; sogar sein Bischof hat, zum Scheine wenigstens, dem päpstlichen Befehle Folge geleistet, wenn sich jetzt derjenige, den sein Bischof auf Antrag des kirchlichen Oberen removirte, als Kapitelsvikar geriren will, so macht er offenbar eine höchstunbillige Forderung, verletzt alle Rechtsprinzipien, und störet alle gesellschaftliche Ordnung. —

Die andere Beschwerde: „Dafs das Vikariat von Konstanz gegen das gemeine kanonische Recht Eheversprechen, wenn sie nicht vom Pfarrer und zwei Zeugen eingegangen werden, „ungültig erkläre“, ist ganz und gar nicht gehoben. — Nicht durch den Vorwand, dafs Eheversprechen blofse bürgerliche Verträge seyen. Hier heifst es erst: *quod est demonstrandum*. Die Kirche kennt, und hat nie diese Grundsätze anerkannt, — nicht durch die Josephinische Gesetzgebung, denn diese ist gerade der Stein des Anstosses, und wie verwandt diese Gesetzgebung in jedem Zweige jener der französischen Revolutionsmänner präludirte, ist eine bekannte Sache. Nicht durch die Konkordate zwischen Bayern und den Bisthume Augsburg, in welchen diese nämlichen Grundsätze anerkannt seyn sollen; denn alle Ordinariate in Baiern haben gegen das bairische Sponsalgesetz ihre Verwahrung eingelegt, und es ist nie von dem ganzen Episkopate, oder dem Oberhaupte der Kirche anerkannt worden; es besteht daher nur als Machtspruch, und das definitive Arrangement gehört unter die Berichtigung der Grenzen der geistlichen und weltlichen Gewalt. Die Sache selbst ist demnach noch immer streitig. Es ist daher eine unverantwortliche Unbesonnenheit, wenn ein Bischof oder ein Generalvikar für ein Bisthum, oder gar nur für einen Theil des Bisthums eine Abweichung von dem gemeinen Kirchen-

rechte durchsetzen will! Zu welchen unnöthigen und muthwilligen Kollisionen gibt er nicht die Veranlassung? Er setzt sich aus *complaisance* gegen die weltl. Regierung in den Widerspruch, daß in der nämlichen Diocese in einem Orte Rechtens ist, was es in dem andern nicht ist. Was Wunder! Wenn ein solcher Bischof oder Vikar sich lächerlich macht? Dritte Beschwerde: diese betrifft: „die sogenannten vermischten Ehen und die Erziehung der, in denselben erzeugten, Kinder der Religion nach.“ Der erste Theil dieses Gegenstandes ist ganz entstellt. Noch nie hat der päpstliche Stuhl die Ehe eines Katholiken mit einer Protestantin, oder umgewendet, als nichtig ausgesprochen, oder in ihr das *impedimentum disparitatis cultus* finden wollen. Selbst Dispensationen in verbotenen Graden werden ohne Anstand von diesem Stuhle ertheilt. Es wird gar nicht gefodert, daß der sich verhelichende Theil zur katholischen Konfession übergehe, sondern nur unter der Bedingniß wird die Dispense ertheilt, daß die in einer solchen Ehe erzeugten Kinder ohne Unterschied des Geschlechtes in der katholischen Religion erzogen werden sollen. Die Richtigkeit dieser Behauptung kann mit mehrern Fällen bewiesen werden. Wer wird aber diese Handlungsweise vernünftig tadeln können? Jeder, der eine Dispense zu ertheilen befugt ist, kann sich eigen machen, *quem beneficii sui modum esse velit*. Er hat das Recht, die

Dispense zu verweigern, oder sie unter, oder ohne Bedingnisse zu ertheilen. Wenn aber der Papst diese Bedingniss setzt, ist es ihm wohl zu verargen? oder vielmehr ist er moralischer Weise nicht gedrungen, sie zu setzen? Was würde man von der Heiligkeit des Papstes halten, wenn er sie nicht setzte? Was thut diese Befugniss dem nichtkatholischen Theile? Er hält den Grundsatz nicht: *extra ecclesiam non est salus*. Nach dem seinigen kann man in jeder christlichen Religion selig werden; warum will er in die gesetzte Bedingniss nicht einwilligen? Hat er einen tüchtigen Grund, darauf zu bestehen, dafs seines Ehegatten Gewissensrechte gekränkt werden? — Allein man sagt: „dies geht in Deutschland nicht, an; hier ist das Verhältniss anders?“ Allein ich frage: bindet das, in Deutschland durch die Waffen erzwungene Verhältniss, den päpstlichen Stuhl? Hat er in diese Verfügungen eingewilligt? Wer kann ihm also die Zumuthung machen, dafs er dergleichen von der weltlichen Macht ausgeflossene Verfügungen anerkenne? Wenn im vorigem Jahre Preussen das für Katholiken so drückende Gesetz gemacht hat, dafs in gemischten Ehen die Kinder ohne Unterschied des Geschlechtes in der protestantischen Religion in den westphälischen Landen sollen erzogen werden, wer kann es dem Kirchenoberhaupte verdenken; wenn es gleiche Grundsätze einhält? Der, vom Hrn. v. W. begangene Fehler liegt darin, dafs er und die

Curia constansiensis in einen Gegenstand voreilig, unklug, und unbefugt eingingen, in den sie sich *solo* nicht hätten wagen sollen. Sie mußten wissen, welche bedenkliche Anstände die gemischten Ehen immer hatten; ihnen mußte die Erfahrung sagen, daß diese es sind, die dem schädlichen Indifferentismus so große Vorschnitte geleistet haben; sie konnten sich die Ueberzeugung verschaffen, daß kein wahrer Katholik hierbei gleichgültig seyn könne. Eben desswegen war eine Verordnung dieser Art von einer bischöflichen Curia sogar vermessen. — Eben so verhält es sich mit dem zweiten Punkte. Es ist der allgemein herrschende Indifferentismus, der eingedrungen in alle Klassen diese Ehen begünstigt; ihm nachdrucksamen Widerstand zu leisten, vermag die Kirche nicht. Eben desswegen sollte man aber auch von Seite einer bischöflichen Stelle sehr behutsam seyn, für sich und in Beziehung auf eine einzelne Diöcese Bestimmungen zu machen. Offenbar resortirt der Gegenstand zur allgemeinen Kirchendisziplin, dahin hätte er also verwiesen werden sollen. Es ist ein großer Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten bei dieser Sache. Der Protestant, wenigstens der jetzige Latitudinärer im eigentlichen Sinne des Worts, kann sehr gleichgültig seyn, wenn es auf Religionsverhältnisse ankommt; dieß kann aber nicht der wahre Katholik seyn! ich weiß wohl, was man hierüber zu sagen pflegt; man wirft mit Bitter-

keit demselben vor, daß er behaupte: *extra ecclesiam nulla salus!* Allein man reduziere dieß auf den einfachen Grundsatz: ob von 2 sich widersprechenden Sätzen jeder wahr seyn könne? Wenn dieß logisch nicht behauptet werden kann, so darf man dem Katholiken es wahrhaft nicht übel deuten, wenn er strenger ist; und wenn ein Katholik sich gegen diese Grundsätze verfehlt, und zu nachgiebig ist, so erregt er den gegründeten Verdacht, daß er sich von seinen Religionsgrundsätzen entferne. Er entzündet durch sein Benehmen für die Anhänglichkeit an seine Religion den Eifer der Proselytenmacherei nicht, sondern er behauptet bloß seine Ueberzeugung; wer mag mit ihm in dieser sublunarischem Welt rechten? — Hrn. Dr. beliebt, es als die weiseste Verordnung anzupreisen, wenn vorgeschrieben wird, daß bei gemischten Ehen alle Kinder in der Religion des Vaters erzogen werden. Er ist aber hiebei ganz kurzsichtig. Weiß er dann als Familienvater nicht, daß so wie die physische, so auch die moralisch-religiöse erste Erziehung mehr von den Müttern, als Vätern abhängt? Weiß er nicht, daß die Väter nach ihrem gewöhnlichen Charakter, Geschäften und Verhältnissen gemeinlich ganz untauglich dazu sind? Weiß er nicht, daß nach dem Naturrechte die Eheleute gleiche Rechte haben? Und welches moralische Amphibion muß eine Mutter seyn, die in die moralisch-religiöse Erziehung nicht einzuwirken hat?! Sage man von gemisch-

ten Ehen, was man immer will: einzelne mögen glücklich seyn, wo beiderseits Religion und Vernunft herrscht, im Allgemeinen; aber wo die Menschen sind, wie sie sind, ist religiöser Neutralismus, oder Sektirerei herrschend, welche beide alles verderben.

Vierte Beschwerde: „Sie betrifft die Anklagen gegen den Pr. Dereser, und einige Professoren zu Luzern hinsichtlich ihrer Lehren.“ — Schwächer, als dieß von Hrn. Dr. Koch geschehen ist, konnte Hr. Dereser nicht vertheidigt werden. Wer in orthodoxer Hinsicht Hr. D. ist, ist der ganzen litterarischen Welt bekannt. Zum Lobe dieses Mannes muß man es sagen, daß er seit seiner Rückkehr aus Frankreich im Jahre 1794 etwas besser und moderater geworden ist, als er als ehemal. Diskalceatmönch und Professor zu Bonn war. Allein er hat bei weitem noch die alte Schlangenhaut nicht abgeworfen, und unerachtet er sich so manchmal vergessen zu haben scheint, so ist er doch der alte Geselle, und dermalen noch sehr verdächtig. Hr. Dr. Koch will D. damit entschuldigen, daß der Papst sich mit Umgehung der bischöflichen Behörde in seine Sache eingemischt habe. Allein bei dem Erzbischofe Maximilian zu Köln war es der nämliche Fall, der dermalen von Konstanz ist. Schnei-

der u. Dereser waren *protegés* von dem Erzbischofe, Er schwach, und nach Flitterglanz geizend. Er that seine Schuldigkeit als Erzbischof nicht; wer sollte helfen? Das Devolutionsrecht war offenbar, wie bei Herrn von Wessenberg eingetreten. *Si sal infatuatum fuerit, in quo salietur?* Wenn in Deutschland nicht manchmal das Oberhaupt der Kirche sich für die Reinheit des Glaubens annehmen würde, wo wären wir? Zu bedauern ist es, daß der Papst so wenige Nachrichten von Deutschland erhält, daß die Guten zu sehr eingeschüchtert sind; hier wäre ein wahrer Augiasstall zu reinigen. — Gehet man aber in die Sache des Hrn. D. selbst ein, so wirft sich folgendes Resultat heraus. Es ist eine nur zu bekannte Sache, die durch die Tagblätter der damaligen Zeit nachgewiesen werden kann, daß unter der Protektion des Hrn. Erzbischofs und Kurfürsten Maximilian zu Köln auf der neu errichteten Universität zu Bonn sich eine Parthei bildete, die eben so frech die bestehende Kirchenverfassung, als die ausgesprochene Glaubenslehre angriff. In ersterer Rücksicht standen bekanntlich Vrede und Hedderich, in letzterer Eulog Schneider, und Thaddäus Dereser an der Spitze. Wie weit es noch dazumal würde gekommen seyn, wenn nicht 1790 die ausgebrochene französische Revolution ein Intermezzo gegeben hätte, läßt sich nicht bestimmen. Bekannt ist, daß sich Schneider und Dere-

ser, nicht zufrieden mit der Freiheit, die ihnen gestattet war, nach gröfserer schnaubend, von Bonn entfernt, und als Vikare des intrudirten Bischofs Brendel zu Strafsburg mit vieler Ungezogenheit selbst gegen ihren Mäcaen betragen haben, dafs aber dieser bei der derben Lektion, die er erhalten, indem er 1792 flüchtig aus seinem Erzhisthume, und über seine Reformationssprojekte bedenklich gemacht, zurückgegangen ist. Die Sache blieb daher durch die Unbilden der Zeit bei dieser Lage, und sie würde nie wieder, wenigstens vom päpstlichen Stuhle, nicht in die Rückerinnerung gebracht worden seyn, wenn sie der Hr. Fürstprimas, oder eigentlicher zu sagen, Hr. v. W. bei Gelegenheit des Streites, der wegen Dereser's zu Luzern sich erhob, nicht hervorgezogen hätte. Man wollte hier dem päpstlichen Stuhl ein *auto da fé* geben, und da den Professoren zu Lucern, besonders aber Deresern, Anstand wegen ihrer Orthodoxie gemacht wurde, so war man sehr geschäftig von Seite der bischöfl. Curie zu Konstanz auf den Antrag Deresers, seine Lehre zu untersuchen, einzugehen und ihn, wie im voraus zu berechnen war, förmlich von aller Anklage und Tadel loszusprechen. Welches Recht konnte aber die Curie von Konstanz wegen Dereser's, dessen Lehre vom Papst Pius VI. schon 1791 verworfen worden war, und der, nachdem er 1794 aus Frankreich zurückkehrte, und demüthigst durch seine

Ordensvorstände um Losbindung von der Excommunication, in die er als geschwornener Priester gefallen war, nachsuchte, und sie unter Zurückrufung seiner Irrlehren erhielt, berechtigen, ein gefälltes und anerkanntes Urtheil seiner Revision zu unterwerfen? Es war keine Schonung, sondern Verachtung gegen ein von einem Obern gefälltes Urtheil, sich eine Untersuchung und so zu sagen Censur über dasselbe anzumassen. Dann irrt Hr. Dr. K. gewaltig, oder er sucht geflissentlich zu täuschen, wenn er die päpstlichen Breven gegen Dereser u. die Professoren zu Luzern als förmliche Urtheilssprüche ansieht, und daher eine Beschwerde darin finden will, daß die Sache nicht nach Instanzen verhandelt worden ist. Nein! Sie sind bloß ein Ausfluß des obersten Zensurrechtes, welches dem Papste zusteht, und ihm die Kirche feierlich zugestanden hat. Vermöge desselben kann der Papst die, öffentlich vortragenen, Lehren, werden sie mündlich oder durch Schriften verbreitet, der Censur im Bezug auf den kirchlichen Lehrbegriff unterwerfen, und ihre Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit demselben aussprechen. Er spricht aus über die *quaestioem juris et facti dogmatici*. Ihm ist daher jeder entweder *revocation*, oder wenigstens *silentium* schuldig. Es ist sehr gefehlt, wenn ein Individuum sich nicht submittiren will, und noch mehr, wenn eine bischöfliche *Curia* diese Renitenz unterstützt.

Die fünfte Beschwerde gehört zwar gerade nicht unter die wichtigsten, jedoch durfte sie auch nicht umgangen werden. Die Abstellung der Feiertage und Vigilien, wenn sie bloße Diöcesananstalten sind, können zwar von dem Bischöfe, unter Benennung mit der weltlichen Gewalt, regulirt werden; allein nicht eben so jene, die von der allgemeinen Kirche angeordnet sind. Ihre Abwürdigung ist Sache der allgemeinen Kirche, welche die Ausübung dieses Rechtes in die Hände des Oberhauptes der allgemeinen Kirche gelegt hat. So unwidersprochen ist von demselben dieß Recht ausgeübt worden, daß selbst die Regenten, wenn sie Aenderungen in diesem Gegenstand wünschten, sich an das Oberhaupt der Kirche wendeten, wie dieß der Fall unter Benedikt XIV., Clemens XIV. war, und wie der neueste, in dem Konkordate mit Frankreich vom J. 1801 zeigt. Wenn daher ein Bischof aus übergroßer Gefälligkeit gegen die weltlichen Regierungen sich erlaubt, von dieser Einrichtung abzugehen, so verletzt er den öffentlichen Rechtszustand in der Kirche, und gibt die Veranlassung zu Unordnungen und Aergernissen, um so mehr, als hierin eine Verachtung des Oberhauptes der Kirche liegt, mit welchem von jeher die weltlichen Regierungen diplomatische Verhandlungen darüber geflogen haben. Falsch ist die Entschuldigung des Hrn. v. W. daß der Hr. Bischof hier, und nicht Er gehandelt habe; daß er die Verord-

nungen nur auf Befehl des Bischofs als Generalvikar, nicht aus eigener Einwilligung, unterzeichnet habe. Wenn dieß auch wahr seyn sollte, so hätte doch Hr. v. W. wissen sollen, daß ein Generalvikar kein blindes Instrument in der Hand seines Bischofs seyn darf; daß, da er wissen mußte, daß sein Bischof die Sphäre seiner Gewalt überschritten habe, er seinen Namen dazu nicht hätte herleihen sollen. Es ist Schwachheit, sich in einer Sache, die unrecht scheint, gefällig zu erzeugen. Doch man weiß nur zu gewiß das Gegentheil; die meisten dieser Anordnungen flossen aus dem Reformationsgeiste des Hrn. v. W. der sie nur, wenig delicat gegen den verstorbenen Hrn. Bischof, nun auf ihn, da er sich nicht mehr vertheidigen kann, zurückwälzen will.

Die sechste Beschwerde, „daß Hr. v. W. einige Layenbrüder von dem Gelübde der Keuschheit dispensirt habe,“ ist noch eine größere Beschwerde, als die vorige. Eigen, und ganz neu ist das Raisonement, womit Hr. Koch diesen Schritt zu rechtfertigen sucht. a) sagt er, „dieß geschah zur Zeit, wo der Rekurs an den päpstlichen Stuhl gehemmt war, wo also der römische Vorbehalt hinwegfiel,“ Allein welcher Kirchenrechtslehrer wird behaupten, daß bei gehemmten Rekursen die Reservatrechte des Papstes aufhören? Welches Gesetz, ja welche Praxis sagt

diefs? Dieser Fall ist ganz verschieden von jenem des erledigten päpstlichen Stuhls. Im letztern Falle ist das Subjekt nicht vorhanden, welches diese Rechte ausüben kann, im ersteren ist es an noch vorhanden, es leidet aber *vim injustam*. Wer wird so ungerecht seyn, und diesen Zustand zur Erweiterung seiner Rechte benutzen wollen? Von den Ehedispensen gilt kein Schluss auf die übrigen Fälle; denn hier hat der Papst und die ganze Kirche im voraus den Ordinariaten in den Fällen, wo Gefahr auf dem Verzug haftet, und der Rekurs nicht ergriffen werden kann, die Befugniss, zu dispensiren, überlassen. Nicht so ist es bei andern. Während der französischen Revolutionsperiode, wo die Kirchengesetze besonders in diesem Punkte so tief verletzt wurden, hat sich kein Bischof, obgleich der Rekurs gehemmt war, erlaubt, eine solche Dispense in Gelübden zu ertheilen. Man sah dies als ein *jus servando servabile* an, und erwartete die Dispense nur von dem Papste. Wenn die Bischöfe von dem gehemmten Rekurs solche Vorthelle ziehen wollten, so würden sie sich *ex mammona iniquitatis* bereichern, und jeder dürfte sich nur hinter die weltl. Regierung stecken, die den Rekurs an den päpstlichen Stuhl verbieten dürfte, um aus seinem Landesbischofe einen Papst zu machen, und die katholische Kirchenverfassung wäre zertrümmert! Doch β) Hr. Dr. Koch sieht sich gezwungen zu gestehen, daß der Rekurs an den päpstlichen Stuhl für die

Diocese Konstanz gar nicht gehemmt war, indem in der Diöcese selbst zu Solothurn der päpstliche Nuntius mit allen Vollmachten versehen, residirte. Allein man höre, was Hr. Koch sagt: „der Bischof könne nur mit der Person des Papstes, und zwar in unmittelbarer Verbindung stehen. Kein Bischof hat, oder kann einer römischen Behörde seine Ordinariatsrechte übertragen, die er etwa aus Verehrung gegen die Person des Papstes ihm in dieser Eigenschaft als dem Primas des gesammten Episcopats überlassen mag. Die Zumuthung eines Rekurses an den Nuntius bei Behinderung des Papstes ist dem Wesen, und dem Begriffe der Einheit des Gesammtepiskopats eben so geradehin zuwider, als er für den Diöcesanbischof entehrend ist.“ *Risum teneatis amici!* Dieß *Raisonnement* ist wirklich Hrn. Koch originell, und man ist verlegen, diesem Geisteskinde einen passenden Namen zu geben. Am gelindesten kann man es ultrafebronianisch nennen. Also! Kein Bischof kann sich mit einem Stellvertreter des Papstes einlassen, sondern nur mit dem Papste unmittelbar. Seit wann existirt dieses neue Recht? Dachten ehemals die Bischöfe auch so? Wo kommen die vielen Legationen, die der gesammte Episkopat selbst auf den Konzilien annahm, hin? Welchen Werth haben sie? Warum geizten die Bischöfe so sehr nach den Rechten der päpstlichen Gesandten, und suchten darin einen Glanz und Vorzug ihres Stuhles,

wie der heilige Stuhl zu Mainz selbst, wenn es für den Bischof Herabwürdigung ist, mit einem päpstlichen Legaten in Verbindung zu stehen? Hat doch noch Febron das Recht, Gesandte zu schicken, unter die wesentlichen päpstlichen Rechte gezählt, wo kommt dieß hin, wenn es dem Wesen und dem Begriffe der Einheit des Gesamtepiskopats zuwider ist, mit den päpstlichen Gesandten in Verbindung zu treten? Was dieß doch für nagelneue Entdeckungen sind! welchen ungeheuren Stolz sie verrathen! γ) Hr. Dr. Koch, der den Febronianismus weit überschritten hatte, kehrt auf diesen Pfad wieder zurück. „Der Emser Kongress, sagt er, hat es längstens erklärt, daß Reservationen dieser Art, die rechtmäßige Gewalt der Bischöfe beschränken, und daher selbst von dem Landesherrn nicht mehr zu dulden sind. „Der Bischof von Konstanz hat daher als Ordinarius dergleichen Dispensen ertheilen können. „Nur Gott hat er Rechenschaft dafür zu geben. „die römische Curie geht für ihn nicht in das „Gericht.“ Dieß ist bereits bei dem Hrn. Fürst Primas geschehen, und Hr. v. W. hat es noch zu erwarten! allein mit diesen Ausflüchten kann man in dieser sublunaren Welt nicht auslangen! Wir leben in gesellschaftlicher Verbindung, und unter Gesetzen; wer sich nach diesen nicht fügen will, und wer unter dem Vorwande, nur Gott zu Gerichte zu stehen, handeln will, wie ihm beliebt, ist ein Störer der öffentlichen Ruhe, kann

nicht ungestraft geduldet werden. Der Emser Kongress konnte den Hrn. Fürstbischof von Konstanz zu solchen Schritten nicht ermächtigen. Seine Puntation war ein revolutionäres Wagstück, ein Vorspiel der französischen Konstitution *civile du Clergé*, hat selbst bei den deutschen Bischöfen den größten Widerspruch gefunden. Es stand ihm auch die anerkannte Praxis der ganzen Kirche entgegen; der Hr. Fürstbischof und sein Hr. Generalvikar verdienen daher gegründeten Tadel.

„Die siebente Beschwerde betrifft die Einführung des deutschen Gesangs beim Gottesdienste, und deutscher Formulare bei Ertheilung der Sakramente.“ Diesen Gegenstand kann ich ganz kurz abfertigen: Ueber den Gebrauch der deutschen Sprache bei der Liturgie in der katholischen Kirche sind die Meinungen noch immer getheilt, und es lassen sich Gründe für den Gebrauch derselben, und dagegen anführen. So viel bleibt aber immer richtig, daß die lateinische Kirche aus gewiß wichtigen Gründen sich für Einheit der Sprache in den vorzüglichsten Gegenständen der Liturgie erklärt hat. Immerhin ist es also eine gewagte Sache, von der allgemeinen Kirchendisziplin durch besondere deutsche Formeln abweichen zu wollen. Es ist falsch, daß es Bedürfnis sey, die lateinischen Formeln in deutsche umzuändern. Nicht für den Priester — denn dieser soll der Spra-

che mächtig seyn. Wenn er es nicht ist: so ist er nicht hinlänglich gebildet, und die Schuld fällt auf jene zurück, die ihn zu bilden haben. Nicht für das Volk — diesem muß der Unterricht alles ersetzen. Es fehlt auch gar nicht an Büchern, worin alle diese Zeremonien und Formeln genau ausgelegt, und falschlich dargestellt sind. Wie der Priester die Formeln vorspricht, versteht sie der gemeine Christ ohnehin nicht, faßt wenigstens ihren Geist nicht auf, und sie machen wenig Eindruck auf ihn. Der Beweis hierüber ist *a posteriori* vorhanden. Wo immer, und seit dem der deutsche Ritus eingeführt worden ist, ist die Religiosität eher gesunken als gestiegen. Bald wird eintreffen: *hic populus labiis me honorat, cor autem eorum aversum est a me*. Nebstdem ist dieser Vorschlag nur der Schlupfwinkel, hinter welchen sich seit der Waldenser Zeiten alle Häretiker steckten, um ihre verdrehten Formeln einzuschieben. Falsch ist, daß die lateinische liturgische Sprache nur zur Befestigung des Dominats von Rom eingeführt, und beibehalten worden sey. Sie ist das einzige zweckmäßige Vehikel zur Erhaltung der wahren Lehre in den Gegenständen des Glaubens, die sich auf die Liturgie beziehen. Uebrigens stoßen sich alle Vorspiegelungen, die man wegen einer deutschen Liturgie machen mag, daran ab, daß der Versuch, den man seit 20 Jahren gemacht hat, sehr unglücklich ausgefallen ist. Der nämliche Versuch unter Protestanten vor

drei Jahrhunderten gemacht, hat für die Religiosität kein günstiges Resultat erzeugt. Spener im 17ten und Zinzendorf im 18ten Jahrhunderte mußten durch Mystik der deutschen Liturgie in der protestantischen Kirche gegen den gänzlichen Verfall der Religiosität nachhelfen; und in der katholischen haben sich keine günstige Resultate seit der in der Stuttgarter Hofkapelle eingeführten deutschen Messe gezeigt, vielmehr haben wir seit der deutschen Liturgie bloß deutsche, weniger aber geistreiche christliche Priester.

Die achte Beschwerde, daß Hr. v. W. als Generalvikar bei allen Dekreten und Verordnungen, die dem päpstlichen Stuhl so misfällig waren, immer unterzeichnet war; wird treffend begründet durch den gehörnten Schluss des Kardinals Consalvi: „Entweder hat Hr. v. W. geglaubt, jene Dekrete und Verordnungen seyen der Lehre, und den Gesetzen der Kirche gemäß, oder nicht; im ersten Falle hat er zu erkennen gegeben, welches seine Grundsätze seyen, im zweiten hätte er zu ihrer Kundmachung und Vollziehung nicht mitwirken sollen.“ Hr. Dr. K. ist wohl zu einsichtig, als daß er dem gleichfalls gehörnten Schlusse, den er dem vorigen entgegensetzt, einiges Gewicht beilegen sollte. Er sagt nämlich: entweder war der Bischof zu dem was er that berechtigt, oder

nicht. In jedem Fall muß sich der Papst an den Bischof, und nicht an seinen Generalvikar halten. Ich antworte: was mehrere deutsche Bischöfe in Bezug auf die Diöcesangeschäfte und die Führung derselben waren, ist eine sehr bekannte Sache. Wären sie bei ihrer reichen *mensa episcopalis* nicht im Stande gewesen, ein wohlbesetztes Vikariat zu unterhalten, es würde mit den Diöcesangeschäften nicht wohl gestanden haben. Die Vikariate waren eigentlich das Surrogat der *synodorum dioecesanarum* und machten diese entbehrlich. Als Räthe des Bischofs haben sie aber auch die Pflicht, denselben aufrichtig zu beraten. Sie sind unwürdige Mitglieder, wenn sie sich gegen den Bischof, wie die Flöten der Orgel gegen den Organisten, verhalten. Wird Hr. Koch eine solche Flöte seyn wollen, die von andern gespielt wird? Dafs sich der Herr Bischof gerechtfertiget habe, ist nicht bekannt geworden. Soll die Rechtfertigung in dem Schreiben liegen, welches bekannt geworden ist, so sieht es hiemit sehr zweideutig aus, und wenn der Papst hierauf schwieg, so liegt der Grund wahrscheinlich darin, weil er dem Bischofe zu überdenken geben wollte, wie schwach seine Entschuldigung sey, und weil er ihm Zeit lassen wollte, die Sache auf bessere Wege zu leiten.

Versucht man, den Inhalt dieser acht Beschwerden unter einen allgemeinen Gesichtspunkt

zu stellen, so liegt die Sache am Tage: der Hr. Fürstprimas, und der Hr. v. W. hatten keine andere Absicht, als die bestehende und zwar rechtlich bestehende kirchliche Verfassung abzuändern, die deutsche Kirche zu einer Nationalkirche zu erheben, das Oberhaupt derselben von allem Antheil der deutschen Kirchenangelegenheiten zu trennen oder ihm höchstens einen bloß willkührlichen Antheil zu belassen. Wenn der Klerus der Diöcese Konstanz diesen gar nicht mehr verdeckten Plan seines Bischofs und seines Generalvikars nicht durchschaute, so ist er wahrhaft in der Kultur des Kirchenrechts nicht weit fortgeschritten; und wenn er ihn durchschaute, wie mag er daran kommen, hiezu die Hände zu bieten. Aber man ist es der Wahrheit schuldig, zu gestehen, daß es auch bei weitem der ganze Klerus der Diöcese nicht ist, der mit Hr. v. W. einverstanden ist, sondern wie sich aus den Unterschriften gezeigt hat, nur etliche begünstigte, oder Freunde desselben es sind, die einen unbedeutenden Theil des Klerus ausmachen. Allerdings haben daher diejenigen gefehlt, die sich für die Sache des Hrn. v. W. so hitzig erklärt, und *ad invidiam* eine Partikularsache zur allgemeinen haben machen wollen. Offenbar liegt an Tag, daß der Papst Grund genug hatte, die Grundsätze des Hrn. v. W. als gefährlich für die Einheit der kirchlichen

Verfassung auszusprechen, als Ruhe störend zu erklären, mithin der Person, die einen solchen Charakter entwickelt, die Würdigkeit abzusprechen.

Unter den Beschwerden der zweiten Klasse, worunter schwere Beschuldigungen dem Hrn. v. W. im Punkte der Lehre gemacht werden, und die er in seiner Antwort ganz übergeht, und sich damit entschuldigt, daß er die nothwendigen Papiere nicht bei Handen habe, gesteht selbst Hr. Koch, daß welche darunter seyn, die, wenn sie bewiesen würden, den Papst berechtigen würden nach geschehener Untersuchung und Verurtheilung, den Hr. v. W. von Ausübung des bischöflichen Amtes durch Suspension, oder nach Umständen durch Absetzung auszuschließen. Allein gerade daraus, daß der Hr. v. W. keine Antwort darauf gegeben, und sie der Hr. Kardinal Consalvi in seiner weiteren Note übergangen hat, will Hr. Koch schließen, daß sie zurückgenommen sey, doch fürchtet er auch nicht, seinen Klienten in Bezug auf die wichtigsten vertheidigen zu können.

Diese Beschwerden sind der in der ersten Note des Hrn. Consalvi eingehaltenen Reihe nach folgende:

1) In dem 8ten Archivhefte der Pastoral Konferenzen des Bisthums Konstanz vom J. 1810 werde der Inhalt des

Buches Coopers Briefe reiner Katholicismus genennt, ohnerachtet es einen verkehrten Unterricht enthält u. die Kirche in ihrer Grundlage zerstört dadurch, daß es die Gottheit Christi zu beseitigen, oder wenigstens in Zweifel zu ziehen sucht. Hr. v. W. wird hiebei deswegen in Anspruch genommen, weil er dadurch, daß er die Redaktion des Archivs übernommen, und die Einrückung dieser Stelle erlaubt, er auch sie zu dem Seinigen gemacht habe. Hiegegen sucht sich freilich Hr. v. W. durch die Ausflüchte zu rechtfertigen: *a)* daß man, wenn man gewußt hätte, daß diese Schrift so nachtheilige Grundsätze enthalte, was aus der scheinbar unverfänglichen Anzeige nicht zu entnehmen war, man die Insertion nicht würde gestattet haben; *b)* daß der Redakteur, besonders wenn er nur die obere Leitung sich vorbehalten hat, nicht für alles, was vorkömmt, wenn in der Anzeige selbst nichts bedenkliches enthalten ist, stehen kann; *c)* daß man nicht vermuthen konnte, daß der Ausdruck: Katholicismus in seiner reinen Gestalt ein Gegensatz gegen die römisch-katholische Kirche seyn sollte, und um so weniger als Kooper für die katholischen Irländer schrieb, und daher der Gedanke vor der Hand nicht Platz finden konnte, daß er gegen den Katholicismus schreiben würde; *d)* daß Hr. v. W. sich anbietet, eine Gegenrecension zu fertigen, und diese irrigen Meinun-

gen zu widerlegen. Die Rechtgläubigkeit desselben scheint daher wegen dieses Punktes in keinen Zweifel gezogen werden zu können. Allein kaum werden diese Gründe im Stande seyn, alle Schuld von dem Hrn. v. W. abzuwälzen. Der Redakteur einer Zeitschrift, er mag die obere, oder niedere Leitung haben, noch mehr, wenn er die obere hat, ist für den Inhalt unmittelbar verantwortlich. So wird es vom Staate gehalten bei politischen Gegenständen, und so wird es, und ist es von jeher auch in der Kirche gehalten worden. Ist daher dieses rezensirte Buch bedenklich, und spricht ihm die Rezension sogar Beifall zu, so bleibt vor allen der Redakteur verantwortlich; dies ist um so mehr der Fall, wenn der Redakteur vermuthen könnte, daß das Buch gefährliche Grundsätze für den reinen Katholicismus enthalten könne. Der Herausgeber ist Dr. Paulus, ein erklärter Rationalist, und so wie des positiven Protestantismus, so des Katholicismus Feind. Allerdings hätte die Person des Herausgebers schon Aufsicht erregen sollen, da man erwarten konnte, dieser Uebersetzer werde nur nach seiner Art den Katholicismus so rein, wie den Christianismus, darstellen. Es wäre daher der Behutsamkeit ganz angemessen gewesen, die Sache näher zu prüfen. Allein es ist aber auch nur zu sehr bekannt, daß man von einer solchen Behutsamkeit weit entfernt war. Das Archiv für Pastoralkonferenzen im Bisthume Kon-

stanz wurde von eben dem Geiste durchwehet, von welchem Werkmeisters theologische Zeitschrift beseelt ist. Man brachte gerne, wenn gleich unter zweideutigen Worten, Ideen dieser Art in Umlauf, um nach und nach an sie zu gewöhnen. Geschäftig zeigte sich hierin Hr. Brunner in seinem bekannten Gebetbuche; und wenn die Anzeige von diesem kömmt, so war es Hrn. v. W. zu imputiren, wenn er nicht aufmerksam wurde. Damit, daß sich Hr. v. W. anbietet, eine Gegenrezension zu schreiben, kann nichts ausgemacht seyn. Diese Gegenrezension möchte keinen andern Effekt haben, als die *retractatio Febronii*, wo Jedermann bei den zuvor eingesogenen Grundsätzen blieb, und wodurch jeder sich nur einen 2ten Hontheim an Hrn. v. W. denken möchte. Wenn man auch zugiebt, aus dieser Unachtsamkeit folge direkt gegen die Orthodoxie des Hrn. v. W. nichts, so erscheint er ja doch als ein Gönner einer gefährlichen Parthei, wenn er dergleichen Grundsätzen nicht nur einmal, wie im Cooperischen Falle, sondern noch mehrmalen präludirt. Wie es überhaupt mit der orthodoxen Gesinnung dieses Herrn stehe, hat durch unwidersprechliche Auszüge aus seinen Schriften der V. der Kehrseite gezeigt; diese Schrift gibt hinlänglichen Stoff die Grundsätze des Hrn. v. W. näher zu beurtheilen.

Ob die fünf Sätze, die in der Note des Hrn. Kard. Consalvi als enthalten in der Cooperischen Schrift angegeben sind, sich wirklich darin befinden, bin ich, da ich die Cooperische Schrift mir nicht verschaffen konnte, zwar außer Stande, näher nachzuweisen, aber selbst in der Art, wie Hr. Koch Coopern zu rechtfertigen sucht, liegt etwas zweideutiges. Wenn man auch 1) nach der Angabe des Hrn. Koch den Sinn Coopers wegen den ersten Kapitel Matthäi und Lucä als richtig annehmen, und ihn hiemit von der Behauptung, als seyen die ersten Kapitel Matthäi u. Lükä unächt, freisprechen will, so ist doch die 2te Erklärung über die Suprematie des Papstes, und den Sinn, worin man diese zu nehmen hat, äußerst schwankend. Der V. redet von einer Suprematie nicht, wie sie ist, sondern wie er sie haben will, er vermischt den Schulstreit mit den Dogmen, und will auf eine feine Art alles in den Schulstreit auflösen, damit die Suprematie ein eitler Popanz werde. Man kennt diese Sprache ganz wohl, und weiß, welche Absicht es hat, nicht bestimmt herauszusagen, worin man denn eigentlich die Suprematie setze. Dieser Verdacht fällt um so gegründeter auf Cooper, als er 3tens ausdrücklich behauptet, daß er keinen Primat der Jurisdiktion bei den Päpsten, sondern nur Einen der Ehre, des Rangs und der Würde annehme. Dadurch zeigt er sich unwidersprechlich als keinen wahren Katholiken,

und greift einen Hauptlehrsatz, ja für die Protestanten das Fundament der katholischen Kirche an. Coopern kann zu keiner Schutzwehre dienen, daß er seine Meinung von jener, der andern Katholiken in England unterscheidet; denn, daß es in England noch viele wahre Katholiken gebe, wird gerne jeder glauben, wenn nun aber Cooper seine Gesinnung jener entgegensetzt, so liegt es zu Tage, daß er kein wahrer Katholik sey; wer daher das Werk, worin solche Behauptungen vorkommen, als reinen Katholicismus preiset, macht auch sich wegen seines Katholicismus verdächtig. Der 4te Satz oder die Coopern zugemuthete Behauptung, als verwerfe er den Satz: es gebe kein Heil außer der wahren Kirche, wird zwar dadurch in einem milderen Lichte dargestellt, als durch einen Auszug aus seiner Schrift gezeigt wird, Cooper verwerfe nicht diese Behauptung, sondern suche sie nur in Bezug auf die englische Kirche, und die Lage der Katholiken in England auf eine wenig anstößigere Art darzustellen. Allein selbst seine Darstellung zeigt wieder, daß er die erste Behauptung selbst in das Reich des Irrthums verbanne, und daß er eine sehr dürftige Ursache aufsuche, um die Lehre der katholischen Kirche anscheinlich zu rechtfertigen. Sie soll nämlich dadurch gerechtfertigt werden, daß man katholischer Seits gegen die Regel, die Ausnahme der unvermeidlichen Unwissenheit, und unvermeidlichen Noth-

wendigkeit zulasse, wodurch im Grunde nichts gesagt ist, indem die Kirche nie diesen Satz in der unbeschränktesten Ausdehnung behauptet, und angenommen hat: — *fides est ex auditu* — in Bezug aber auf christliche Staaten die Ausnahme nicht Platz greifen kann. Wenn endlich 5. der Cooperischen Schrift vorgeworfen wird, daß sie die Tendenz habe, die Gottheit Christi zu beseitigen, oder wenigstens in Zweifel zu ziehen, so glaubt Hr. Koch diesen Vorwurf dadurch zu entfernen, daß er durch Auszüge zeigt, Cooper besage vielmehr das Gegentheil; doch kann er selbst wieder nicht umgehen, anzumerken, daß dieser Verfasser sich doch wieder ganz schwankend über den Werth der Entscheidungen der allgemeinen Concilien in Glaubenssachen ausdrückt, mithin auch hiedurch an den Tag lege, daß seine Gesinnungen nicht ohne Zweideutigkeit seyn. Kurz: wenn man auf diese dem Hrn. v. W. wegen Anzeige der Cooperischen Schrift gemachten Beschuldigungen einen reflektirenden Blick wirft, so ergibt sich folgendes Resultat: „Es mag seyn, daß die der Cooperischen Schrift gemachte Beschuldigungen übertrieben sind; es mag seyn, daß sie eine unschädliche Auslegung zu lassen; warum hat Hr. v. W., da er die Waffen in der Hand hatte, dieselbe nicht benutzt? Warum gab er nicht, und gibt noch nicht selbst die nothwendigen Aufschlüsse? That ihm der Papst zu viel, wenn er ihm alles, was

„gegen ihn in Anzeige gekommen war, vorlegen
 „liefs, aber ihm zugleich den Weg der vollstän-
 „digsten Rechtfertigung öffnete? Warum verthei-
 „digte sich Hr. v. W. nicht eben so standhaft in
 „Rom, wie er durch seine Freunde in Deutsch-
 „land vertheidigt wird? Wer hat noch behauptet,
 „dafs sich Hr. v. W. nicht vertheidigen könne?
 „Ist Rom hintergangen worden, so zeige man
 „dies!“ In Bezug auf die gegenwärtige Beschul-
 digung mag wohl alles mit dem aufrichtigen Ge-
 ständnisse abgethan seyn, dafs entweder Hr. v.
 W. oder derjenige, dem er das Redaktionsge-
 schäft anvertraut hatte, hintergangen worden seyn,
 und dafs sie, wenn in den Anzeigen irrige,
 oder die bemerkten irrigen Sätze wirklich vor-
 kommen, sie weit entfernt seyn, sie zu behaup-
 ten. Ist ihr Herz wirklich unbefangen, so wird
 ihnen ein solches Geständniss keine Mühe kosten.
 Und die Sache wird abgethan seyn.

2) Die Beschuldigung, dafs unter
 den Büchern, die von dem Hrn. v. W. ver-
 fafst, gutheifsen, und genehmigt worden
 sind, sich auch ein Buch betitelt: die
 deutsche Kirche, befinde, worin Irrthü-
 mer, Grundsätze und Maximen enthal-
 ten seyen, die schismatisch, oder zum
 Schisma führend seyen, *) soll dadurch

*) Klübers Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des
 Wiener Kongresses etc. 3te Abtheil. pag. 437.

gehoben werden, daß das Werkchen anonymisch ist, und Niemand für den Inhalt eines anonymen Buches verantwortlich sey; daß die Hauptgrundsätze der katholischen Kirchenverfassung, als der Primat des Papstes, die Bestätigung der Erz- und Bischöfe, der ihm abzulegende Eid des Gehorsams gewahret seyen; daß der Vorschlag zur Errichtung einer National-Kirche weder etwas neues, noch ungewöhnliches sey, indem bis auf die Ankunft der Saracenen diese von dem Konzil von Nicaea selbst bestätigte Einrichtung bestand; daß nicht in ihr, sondern in ganz anderen Ursachen der Keim zu der Trennung zwischen der griechischen und lateinischen Kirche liege; daß ein gleicher Fall, wenn auch eine deutsche Nationalkirche errichtet werden sollte, bei dem Geiste der Deutschen nicht anzunehmen sey. Allein diese Rechtfertigung hält die Probe nicht aus. Erstens: Der Verbreiter einer anonymen Schrift wird so lange für den Autor oder Fautor der Grundsätze, die darin enthalten sind, gehalten, bis der wahre Autor hergestellt ist. Nun ist es aber aus den Wiener Kongressakten erwiesen, daß Hr. v. W. diese Schrift auf den Kongress gebracht, und sie habe vertheilen lassen. Mit Recht hält man sich also wegen der Grundsätze und Folgen an ihn. Ist er es nicht; warum gibt er den wahren Autor nicht an? Zweitens: Die Grundsätze, die darin enthalten sind, sind von doppelter Eigenschaft. Ei-

nige verletzen die äußere, andere die innere Verfassung der Kirche. Es kann als überflüssig angesehen werden, die Richtigkeit dieser Behauptung in dieser Schrift auszuführen. Die klassische Schrift *) dagegen von dem zu früh für die gute Sache der Kirche verlebten Hrn. Weihbischof Zirkel hat nach den beiden angegebenen Rücksichten, den Gegenstand so klar auseinander gesetzt, und so überzeugend dargelegt, daß er keiner weitem Erörterung bedarf. Nur die einzige Bemerkung erlecke. Die beiden Hauptmaximen dieser Schrift sind: gegen Aussen wird die Kirche unbedingt dem Staate unterworfen, und bei Regulirung der streitigen Grenzen dem Staate der Vorzug, oder doch ein unabweisliches Veto ertheilt; gegen Innen ist der Primat ein Ideengebilde, welches wie ein Kartenhaus umgeworfen werden kann. Es ist diese Schrift voll von unrichtigen, gewagten und gefährlichen Behauptungen, die dem päpstlichen Stuhl die gegründetste Veranlassung zur Aufmerksamkeit gegen den Verbreiter derselben geben konnten. Drittens: Daß man in dieser Schrift auf eine Idee anspielt, und ihre Realisirung wünscht, die ehemals selbst von einer geachteten Synode angenommen wurde, mag ihr zur geringen Em-

*) Die deutsche katholische Kirche, oder Prüfung des Vorschlags zur neuen Begründung und Einrichtung der deutschen Kirche. Germanien 1817.

pfehlung dienen; denn nebstdem, daß diese Einrichtung schon seit länger als 12 Jahrhunderten abgewürdigt worden ist, ist gezeigt worden, *) daß sich diese Anstalt nie als zuträglich für den Frieden der Kirche bewiesen hat; sie gegen die bestehende Einrichtung der Kirche geltend machen zu wollen, wäre dem Versuche gleich, einen monarchischen Staat republikanisiren zu wollen. Mit wie vielen Rechtsverletzungen, Erschütterungen, und gefahrvollen Attentaten dieß verbunden sey, weiß jeder, der mit der Geschichte bekannt ist. Wer wird es dem Papste verargen, wenn er sich diesen Versuchen entgegensetzt? Viertens: Ob der Geist der Deutschen eine dem römischen Stuhle gefährliche Tendenz bei diesem Projekte u. seiner Durchführung nicht erwarten lasse, ist eine so ziemlich problematische Frage. Seit Febrons Zeiten ist die Stimmung der Deutschen gegen den päpstlichen Stuhl sehr eifersüchtig geworden, und die Versuche, die gemacht worden sind, das päpstliche Ansehen zu schwächen und zu vernichten, sind nur zu bekannt, als daß der geringste Zweifel hierüber obwalten könnte. Was geschieht Tag täglich unter unsern Augen! Zählt man die Parthei gegen den päpstlichen Stuhl, und vergleicht sie der Zahl nach mit jener, die für die Einheit der Kirche, und für ihr Oberhaupt streitet, so gleicht die heilige Stadt

*) Das für die katholische Kirche in Deutschland neu projektierte Patriarchat. 1817.

der Belagerung Senaherib's, wo nur ein vom Himmel abgesandter Engel Hülfe schaffen kann. Der deutsche Geist hat von dem bösen Zeitgeiste angesogen, und ist schon lange nicht mehr der alte. Der Papst ist daher zu keinen guten Hoffnungen von Seite desselben berechtigt.

3) Die Beschuldigung, daß Hr. v. W. mit 5 andern Geistlichen das abscheuliche Vorhaben gebildet habe, in dem kurzen Zeitraum von zwei Jahren, die Idee von der Gottheit Christi aus Deutschland zu verbannen, ist, abgesehen vom Hr. v. W., noch zu gelinde aufgetragen. In der Schrift dieses Herrn über die Erziehung wird so ziemlich, obgleich unter zweideutigen Worten dem Naturalismus, der allen neuern von den Hrn. Protestanten ausgeflossenen Erziehungssystemen zu Grunde liegt, Weihrauch gestreut, und da auf die nämlichen Basen auch seine Erziehung gesetzt wird, so bleibt immer Bedenklichkeit zurück. Wenn aber auch Hr. v. W. von dieser Beschuldigung frei seyn mag, so hat sie doch Realität. Von Mutschelles Schrift an: Neuer Himmel, neue Erde, bis auf Joseph Muths Schrift: Ueber das Verhältniß des Christenthums und der christlichen Kirchen zur Vernunftreligion. Hademar 1818, welche Versuche sind nicht von Brunner in seinem Gebetbuche, in dem neuen Aaraischen Gebetbuche, und von Werkmeister in seiner

Zeitschrift gemacht worden, den Naturalismus unter honigsüßen Worten einzuführen? Wenn man nicht immer, wie die zwei ersten Schriftsteller mit aufgehobenem Visir auftritt, so geschieht dieß desto öfter mit geschlossenem, und man hat besonders den Weg der Gebetbücher gewählt, um dergleichen Grundsätze, die socinianisch sind, zu verbreiten. Wenn daher auch gleich diese Beschuldigung Hrn. v. W. nicht treffen mag, so hat er sie doch veranlaßt nach den Spruch: *noscitur ex socio*. Uebrigens will der Ausdruck gar nichts sagen, diese Aeufserung sey nicht so schnell ausgesprochen, als sie widerlegt sey; denn wirklich könnte sie *per inductionem* weit ausgeführt werden.

Dieß sind Beschwerden gegen den Hrn. v. W., die Hr. Dr. Koch einer Anführung und Erörterung würdig gehalten hat. Es kommen zwar noch andere vor, die aber diesem Herrn von keinem Belang zn seyn scheinen. Da ich die Absicht nicht habe, den Gegenstand weiter, als ihn Hr. Koch zu verfolgen für gut befunden hat, zu behandeln, so halte ich es für hinlänglich, hiebei stehen zu bleiben. Ich gehe daher mit Hrn. Koch auf die Prüfung des Hauptvorwurfs, der Hr. v. W. gemacht wird, über. Dieser ist das Widerstreben desselben gegen die Verfügungen des heil. Stuhls. Hr. Koch sucht der Sache die Wendung zu geben, als wenn Hr. v. W. eigentlich nicht den Verfügungen des heil. Stuhls, sondern nur den unbefugten Diktaten der

römischen Curie sich widersetze, welche das Recht nicht habe, eine Verfügung zu treffen, die den Verpflichtungen, die er gegen das Domkapitel, gegen den Klerus der Diöcese Konstanz, und gegen seinen Landesherrn habe, entgegenstehe, wie diese durch die beiden Breven vom J. 1817. verletzt worden seyn. Allein wer sich ruhig auf den Schauplatz stellt, und den ganzen Gang betrachtet, wird ein anderes Resultat gewinnen: a) Hr. v. W. wird nicht erst nach dem Tode des Bischofs, sondern zuvor schon wegen verschiedener bedenklicher Lehren, und Einrichtungen in der Konstanzer Kirche angeschuldigt. Das Urkundenbuch der Denkschrift selbst liefert die Beweise zu dieser Beschuldigung. Die von dem päpstlichen Stuhle bei dem Hrn. Bischof unmittelbar geführte Beschwerde hat sogar die Wirkung, daß der Bischof dem päpstl. Antrage, auf Remotion des Hrn. v. W. von der Stelle eines Generalsvikars, Folge leistet, und Hr. v. W. verhält sich hierauf ganz ruhig. Warum wandte er sich dazumal nicht an den Papst? Warum führte er keine Beschwerde? Auch dazumal war er Deutscher, Domkapitular, und hatte Verpflichtungen gegen seinen Landesherrn! b) Hr. v. W. läßt sich, nachdem seine Ernennung zum Koadjutor im Bisthume Konstanz von Seite des päpstlichen Stuhls ohne Erklärung geblieben ist, nach dem Tode des Bischofs zum Kapitelsvikar ernennen, oder er wird vom Kapitel dazu ernannt;

und er nimmt diese an! Heißt dieß nicht sich dem Willen des kirchlichen Oberhauptes widersetzen? c) Das kirchliche Oberhaupt legt durch den Hrn. Kard. Staatssekretär dem Hrn. v. W. die gegen ihn erhobenen Klagen und Beschwerden im Punkte der Lehre und Disciplin vor. Derselbe sucht sich darauf zu verantworten, bricht aber die Verhandlungen ab, und entzieht sich dem Urtheile seines kirchlichen Obern. Ist das keine Widersetzlichkeit? Er will sich zu diesem Schritte befugt halten als Deutscher: hört er, wenn er auch ein Deutscher ist, auf, Katholik, Domkapitular, Priester, und Generalvikar zu seyn? Kömmt es wohl auf seine bürgerlichen Verhältnisse, oder seine kirchlichen an? Er beruft sich auf Verpflichtungen gegen das Domkapitel, und den Klerus der Diöcese Konstanz; allein ersters hat schon bei der Wahl gefehlt, hat eine Handlung vorgenommen, die nichtig ist, mithin hat es dem Hr. v. W. kein Recht geben können; letzterer, wenn er frei handeln und sich erklären darf, wird sich in überwiegender Majorität gegen ihn erklären. Er beruft sich auf Verpflichtungen gegen seinen Landesherrn, wer weiß aber nicht, daß in Sachen, die die geistliche Mission betreffen, der Landesherr nach kathl. Kirchenrechtsgrundsätzen keine Stimme haben kann? Wer weiß nicht, daß Hr. v. W. dieß selbst wissen mußte? Und wer kann ihn daher entschuldigen, wenn er sein Heil bei einer ganz inkom-

petenten Behörde sucht? Nach kirchlicher Satzung und Ordnung hatte daher der Papst das Recht, in der Art, wie es geschehen ist, gegen den Hrn. v. W. zu verfahren. Es folgt dieß Recht, nicht aus einer curialistischen, sondern aus der gemeinrechtlichen Verfassung der Kirche. Wer dieser widerstrebt, widerstrebt nicht der Curie, nicht dem Papste, sondern der Kirche selbst.

Aus allem diesem zeigt sich nun, daß die persönliche Unwürdigkeit der Hrn. v. W. sowohl von Seite seiner geführten Amtsverwaltung als Generalvikarius, am meisten aber wegen beharrlicher Widerstrebung gegen den Papst als dem Oberhaupte der allgemeinen Kirche, in Gemäßheit der vorliegenden Aktenstücke mit Grund und Bestand in Anspruch genommen werden könne. Ja! es ergiebt sich, daß Hr. v. W. in Ansehung der Lehre wenigstens verdächtige, und in Ansehung der Disziplin im Punkte der Einigkeit der katholischen Kirche sehr gewagte Schritte gemacht habe. Daß sein Betragen nicht Widerstand gegen bloß römische Behauptungen, sondern gegen gerechte Anforderungen von Seite der ganzen Kirche anzeigt, wird jeder einsehen, der die ganze Sache zu würdigen weiß. Nicht ein Punkt kommt vor, wodurch die deutschen Kirchenrechte und Freiheiten gekränkt würden, viel-

mehr ist der Papst berechtigt nach den alten Konkordaten fortzufahren, und die einschreitenden kanonischen Strafen zu ergreifen. Hr. v. W., indem er sich an die bestehenden Gesetze nicht hält, sondern sich darüber hinwegsetzt, verletzt selbst die deutschen Kirchenfreiheiten und stößt die Konkordate um, die er erhalten zu wollen vorgiebt.

Dem gerechten und mäßigen Verfahren des päpstlichen Stuhls wufste man von Seite des Hrn. v. W. nichts entgegen zu setzen, als leere Ausflüchte, ungegründete Klagen über verletzte Rechte, unbefugte Anmassungen, welche keine Rücksicht verdienen. Daher

10. Frage, ob die dem Hrn. v. W. in der 3ten Note des Hrn. Kardinal-Staatssekretärs Consalvi zugekommene Entschliessung des heil. Vaters als eine päpstliche Sentenz anzusehen sey? Nein! Es ist noch Niemanden selbst dem päpstlichen Stuhle nicht eingefallen, die Denuntiationssache des Hrn. v. W. dermalen schon in der Lage zu betrachten, als seyen die Akten geschlossen, und, aufser *per contumaciam*, zum Spruche auch nur von ferne reif. Gewifs würde der Papst, nach gewechselten Noten, den Hrn. v. W. zur Ertheilung weiterer Aufklärungen, zur Entkräftung der Anschuldigungen, zur Widerlegung der gegen ihn geführten Be-

schwerden zugelassen haben, wenn er sich von Rom nicht entfernt, und alle weitere Untersuchung nicht verboten hätte. Der Papst würde eine Kommission niedergesetzt haben, die alles genau erwogen, und nach den strengsten Rechtsforderungen, mit Beobachtung jeder Rücksicht, entschieden hätte. Allein Hr. v. W. wollte dieß aus dem Grunde nicht, weil er als Deutscher nicht in Rom, sondern nur in Deutschland könne gerichtet werden. Wie ungegründet aber diese Behauptung sey, ist bereits gezeigt worden. Doch auch hieran würde dem päpstlichen Stuhl wenig liegen. Er würde auch gerne dem Wunsche dieses Herrn entsprochen haben, wenn es ihm nur Ernst wäre, sich einem unpartheiischen Gerichte unterwerfen zu wollen. Wie es bei Luthern ging, so würde es auch hier gehen. Von dem Urtheile des Papstes würde man, wenn es nicht nach Wunsch ausfiel, sich auf ein allgemeines Konzilium berufen, und käme auch dieses zu Stande, so würde man der Entscheidung desselben hundert Einwürfe entgegen setzen. Doch diese Forderung ist nur eine schnöde Ausflucht, bei der man im voraus wissen kann, daß sie in der Ausführung scheitern wird. Wer sollen dann die deutschen Richter seyn: wählt sie der Papst, so wird ihnen die Einwendung, daß sie nach dem Isidorianischen Kirchenrechte sprechen, und von ultramontanischen Principien ausgehen dürften, gemacht werden; bringt sie Hr. v. W. in Vorschlag, so wird

diesen Personen, der Papst kein Vertrauen zu schenken, Gründe genug haben. Diese Lage der Sache kennt Hr. v. W. ganz gut, deßwegen glaubt er auch unter diesem Vorwande sich aus der Schlinge ziehen, und etwa mit einigen Erläuterungen und glatten Worten von der Sache kommen zu können. Ein Urtheil ist daher in der Sache noch nicht gefällt. Allein soll die Sache, die so viel Aufsehen erregt hat, unerledigt bleiben? Gewiß ist es Sache des heil. Vaters, nach Vorschrift der Gesetze, die Sache zu beendigen. Dieß fodert der Primat, oder die oberstrichterliche Gewalt des Papstes; dieß fodert das Wohl der Kirche; dieß fodert die gute Ordnung, die gegen unbefugte Anmassungen der Untergebenen erhalten werden muß.

11. Frage: ob der Hr. v. W. die ihm in Rom wiederhohlt angesonnene Niederlegung seines Amtes, und den verlangten Widerruf oder Mißbilligung habe bewilligen und leisten können? Ja! der Hr. v. W. war es seinen eigenen Pflichten und seinem Gewissen schuldig, sein Amt niederzulegen. Der Hr. v. W. wufste, daß er in seiner Diöcesanadministration das Mißfallen des päpstlichen Stuhls erweckt hatte, er selbst gab nach, ohne sich zu beschweren, daß er von der Stelle eines Generalvikarias auf die Auffoderung seines Bischofes im J. 1814 removirt wurde.

Wodurch mag er sich gedrungen gefühlt haben, diese Nachgiebigkeit, ohne auf Untersuchung zu dringen, zu bezeigen? Die christliche Liebe läßt keinen andern Beweggrund erwarten, als das Gefühl für Gehorsam, welchen ein Generalvikar seinem Bischofe und dem Papste zu erweisen schuldig ist. Nichts hatte sich in seiner Stellung gegen den päpstlichen Stuhl bisher geändert, und doch nimmt er die Benennung als Coadjutor, obschon seine Ernennung gegen alle rechtliche Form geschehen ist, und in der Folge auch die Benennung als Kapitelsvikar an, und sucht sich dabei durch verkehrte Mittel zu behaupten! Was sagt ihm der Geist der Kirchengesetze? Ist dies der Weg zu kirchlichen Aemtern? Würde er nicht weit mehr seine Ehre erhalten, seinen guten Namen bei Katholiken gerettet haben, wenn er sich unterworfen, gereinigt, und von allem Verdacht frei gemacht; wenn er keine Gegenparthei gebildet, ihre Animosität nicht unterstützt, und durch das beständige Schimpfen derselben gegen den heil. Stuhl das Mißvergnügen und die Besorgnisse desselben nicht gesteigert hätte? Er war es schuldig dem Domkapitel selbst, welches er hätte warnen sollen, keinen dem kirchlichen Obern mißfälligen Schritt zu thun, und wobei er sich entfernt von aller Theilnahme hätte halten sollen. Er es war selbst dem Klerus schuldig, da er wissen mußte, daß bei weitem der größte Theil des Klerus mit seiner bisherigen Diöcesan-

administration unzufrieden war. Er war es seinem Landesherrn schuldig, indem er ihm nur erklären durfte, daß es hier auf eine reingeistliche Mission ankomme, die er so, wie er sie nicht ertheilen, so auch nicht durch ein Manutenzdekret unterstützen könne. Er war es der deutschen - katholischen Kirche schuldig, in welcher er durch sein Betragen den Saamen der Uneinigkeit ausgestreut, den schon lang entbehrten Frieden von ihr verscheucht, und sie in eine Lage gestürzt hat, die ihr den Untergang droht! Was wird aus der katholischen Kirche in Deutschland werden, wenn sie von ihrem Oberhaupte getrennt wird, wenn in ihr Miethlinge sich eindringen, die sie verrathen, die fremden Interessen sich hingeben, oder die ihr eigenes zur Sache der ganzen Kirche machen wollen? In welcher traurigen Lage dermalen die katholische Kirche in Deutschland sey? Von wie vielen Feinden sie umgeben sey? Wie wenig Theilnahme an ihrem Loofse die weltl. Regierungen nehmen? wie tief sie herabgewürdigt sey? fällt jedem in die Augen. Wenn sie nicht von ihrem Oberhaupte unterstützt würde, so würde sie schon längst aufgehört haben, katholisch zu seyn. Gewiß die bekannten neuern Reformatoren haben sie nicht erhalten können und in der gefährlichsten Periode sind sie ganz stille gewesen. *) Es

*) Hr. Dr. Koch gibt p. 124. in der Note eine originelle Bemerkung über die Existenz der deutschen Kirche. Sie

ist daher ganz wenig von den Deutschen selbst, desto mehr aber von dem Oberhaupte der Kirche und den Vikarien, die er in Deutschland zu senden gezwungen ist, zu erwarten; letztere werden vorzüglich daran seyn, nach den bestimmten Entschliessungen, die sie erhalten, die königliche Mittelstrasse bei den bisherigen Reibungen zwi-

kann dermalen, sagt er, betrachtet werden, als I. Nationalkirche, und als II. deutsche Kirche hinsichtlich der Einheit ihrer Verfassung. Als Nationalkirche soll sie noch bestehen, und jene Freiheiten haben, die sich vor den Zeiten des eingeführten Dekretalenrechtes her datirten, und die noch erweitert worden sind dadurch, daß die mit dem Papste eingegangenen Verträge — Konkordate — durch die Säkularisation aufgehoben worden sind. Daher glaubt er, daß die deutsche Nationalkirche dermalen ganz frei, und nicht einmal an das Tridentinum in seinen Disciplinarsatzungen gebunden sey; dagegen gibt er zu, daß II. die deutsche Kirche hinsichtlich der Einheit ihrer Verfassung grosse Erschütterung erlitten habe, und eigentlich nur noch sich in dem annoch bestehenden Erzbisthume Regensburg repräsentire. Sonderbar! Wenn es eine deutsche Nationalkirche je gab, so entstand sie, und wurde gebildet, durch den Missionseifer der Päpste, und erlangte ihre Selbstständigkeit und Rechte nur durch diese. Jahrhunderte hindurch und vor dem Dekretalenrechte hing sie ganz vom Papste ab, und machte sich noch eine große Ehre daraus, von ihm abzuhängen. Die Kaiser leiteten, ihre vorzüglichsten Rechte über die deutsche Nationalkirche — *dist 63. Can. 22. 23* — von der Verleihung der Päpste ab, und legten dadurch den ersten Grund zu den Freiheiten dieser Kirche. Geht man weiter zurück, und fragt, wie diese Freiheiten sich weiter gebildet ha-

schen Staat und Kirche zu betreten, und durch Klugheit, Nachgiebigkeit, und Gerechtigkeit die aufgethürmten Woogen zu zertheilen, und Ruhe den Staaten, Friede der Religion zu geben. Weise Regenten müssen es endlich selbst einsehen, daß solche Revolutionsmänner in der Kirche auch ihren Staaten gefährlich werden, und daß nur in der Achtung, die man den Gesetzen und der bestehenden Verfassung, erweist das Heil des Staates und der Kir-

ben? So wirft sich bei dem Calixtinischen Konkordate, bei dem Fürsteno, und Aschaffenburgischen Konkordaten heraus, daß es Concessionen der Päpste sind, die die Nation acceptirt hat, und gegen deren einseitige Verletzung vom Papste man sich durch Verträge sichern wollte. Nirgends kömmt eine Spur von originellen Freiheiten vor! Man denke an die Reservationen, und den Zustand vor den Konkordaten! Die Nationalkirche in dem Sinne des Hrn. Koch ist daher ein Hirngespinnste. Verträge sind die Grundlage der Nationalkirchenfreiheiten, und Verträge können einseitig nicht aufgehoben werden. *Ad 2.* Die deutsche Kirche hinsichtlich der Einheit ihrer Verfassung existirt gar nicht mehr. Oesterreich und Preussen haben sich schon längstens, und seit 1803 von dem Bande mit der ehemaligen deutsch-katholischen Kirche losgesagt. Hannover negotirt über die Organisation einer Territorialkirche in seinen deutschen Staaten. Die Metropole von Regensburg ist schon seit zwei Jahren aufgehoben. Einige „protestantische Regierungen negotiren jede um eine Territorialkirche; wo ist nun *in concreto* die deutsche Kirche? Nicht einmal die Einheit ihrer Kirchenrechtsgrundsätze ist vorhanden, indem eine zum Schisma sich hinneigende Parthei diese zu stören sucht.

che zu suchen ist. Staat und Kirche hängen so enge zusammen, daß der Sturz der Einen immer die Gefahr für die Existenz der andern Gesellschaft nach sich zieht.

III. A b s c h n i t t

Allgemeine staatsrechtliche Gesichtspunkte.

Hr. Koch hat diesen Gesichtspunkt äusserst dürftig behandelt und sich auf ein Gesetz, nämlich die alte deutsche kaiserliche Wahlkapitulation berufen, welches nicht nur durch die Verhängnisse der Zeit antiquirt, sondern schon 1806 durch die rheinische Bundesakte förmlich aufgehoben, und durch die deutsche nicht wiederhergestellt worden ist. Das staatsrechtliche Argument, das er daraus zu formiren gedenkt, ist folgendes: „die beiden päpstlichen Breven vom „1. März und 21. Mai sind, glaubt er, der kaiserl. Wahlkapitulation und zwar dem Art. XIV. „§§. 1. 2. 3. schnurstraks entgegen; denn durch §. „1. werde dem deutschem Episkopate die Aufrechthaltung seiner Rechte und Gewohnheiten „gegen römische Reskripte und Reservationen gesichert. Im 2ten verspreche der Kaiser die Erz- „und Bischöfe im Reiche, wenn wider dieselben „von denen ihnen untergebenen Geistlichen oder

„weltlichen geklagt werden sollte, ohne vorheri-
 „ge genugsame Information über der Sachen Ver-
 „lauf und Beschaffenheit, welche, damit keine *sub*
 „*et obreptio contra facti veritatem* Platz greifen
 „möchte, *in partibus* einzuhohlen sey, auch ohne
 „angehörte Verantwortung des Beklagten, wenn
 „zumalen derselbe *auctoritate pastoralis* zur Ver-
 „besserung und Vermehrung des Gottesdienstes,
 „auch zur Conservation und mehrerer Aufnah-
 „men der Kirchen wider die ungehorsame und
 „üble Haushalter verfahren hätte, mit *monitoriis, in-*
 „*terdictis, comminationibus* und *declarationibus cen-*
 „*surarum*, nicht übereilt, und beschwert werden.
 „Im 3ten §. wird dann noch weiter der Kaiser
 „verpflichtet, die Privilegien, Statuten und Frei-
 „heiten der deutschen Kirche zu handhaben, und
 „gegen die Eingriffe des römischen Hofes zu er-
 „halten. Aus diesem formirt Hr. Dr. Koch folgen-
 „des staatsrechtliches Argument. Die beiden an-
 „geführten päpstlichen Breven können dem Dom-
 „kapitel zu Konstanz sein Wahlrecht eines Kapi-
 „telsvikars durch eine neue Reservation, nämlich
 „eine vorgeblich nöthige römische Genehmigung
 „des Gewählten nicht schwächen. Die päpstlichen
 „Breven gegen den Hrn. v. W. sind daher alle,
 „wie unförmliche Monitorien, Interdikte und Com-
 „minationen, ohne genugsam *in partibus* einge-
 „hohlte Information, und als übereilt, daher be-
 „schwerend zu betrachten. Sie sind den Privile-
 „gien, Statuten und Freiheiten der deutschen Kir-

„che entgegen, die handzuhaben sind, und beson-
 „ders, da die Diöcese Konstanz unter die Nun-
 „tiatur von Luzern gezogen werden will, stoßen
 „sie gegen den Beisatz in der neuesten Kapitula-
 „tion, daß besonders diese Rechte gegen die
 „päpstlichen Nuntien gewahrt werden möchten,
 „an. Hr. Dr. Koch glaubt, daß hier anwendbar
 „sey: *jam proximus ardet Ucalegon*. Zwar kann
 „er nicht mißkennen, daß durch die Auflösung
 „des deutschen Reichs, und seiner Verfassung gro-
 „ße Veränderungen in der deutsch-katholischen
 „Kirche eingetreten seyen; allein er glaubt jedoch
 „aus dem Art. 2. der deutschen Bundesakte, wo-
 „rin sich die Bundesstaaten die Erhaltung der
 „äußern und innern Sicherheit Deutschlands, Un-
 „abhängigkeit, und Unverletzbarkeit garantiren,
 „folgern zu können, daß es denen Staaten nicht
 „gleichgültig seyn könne, wenn der päpstliche
 „Stuhl auf diese Art, wie es durch diese Breven
 „geschehen ist, einwirken wolle. Besonders hebt
 „Hr. Dr. Koch die Worte in dem Breve vom 21.
 „Mai 1817 aus, die an Se. königl. Hoheit den
 „Großherzog von Baden gerichtet sind: Die
 „Hülfe zur Remotion des Hrn. v. W. ver-
 „langen wir nicht blos wegen der kathl.
 „Kirche, sondern aus Rücksicht Deiner
 „katholischen Unterthanen, und selbst
 „Deiner Herrschaft Nutzen und Wohl,
 „welchen Worten Hr. Koch eine ganz re-
 „volutionäre Auslegung gibt.“

Ich beleuchte dieses ganze Argument. a) Hr. Dr. Koch beruft sich auf die ehemalige kaiserliche Wahlkapitulation. Entweder gilt sie noch, oder gilt sie nicht mehr? Hat sie noch Gültigkeit und Anwendung, so darf sich auch der Papst auf sie berufen, und nach dem Art. 1. den Kaiser als Advokaten der Kirche auffordern, den Stuhl zu Rom, Se. päpstliche Heilichkeit, und die christliche Kirche in gutemtreulichen Schutz, und Schirm zu erhalten. Alles, was also bisher in kirchlichen Angelegenheiten geschehen ist, zerfällt als nichtig, und, so wie kein päpstliches Breve, welches die alte Verfassung alteriren wollte, bestehen kann, so kann auch keine Verfügung, die die päpstlichen Rechte kränken würde, bestehen. Hat die W. Kapitulation keine Gültigkeit mehr, warum will man sich auf sie berufen? *) b) Hr. Dr. Koch scheint mit der Geschichte, welche diese 3. §§. des Art. 14. beleuchten muß, wenig vertraut zu seyn, sonst hätte er deren Unbrauchbarkeit für seine Sache eingesehen. Der Art. 1. ist entgegengesetzt den will-

*) In der Note pag. 130 sagt Hr. Koch, das Konkordat als solches ist nicht mehr gültig, aber die Anerkennung des Papstes, daß von Seite der Deutschen die Baseler Dekrete angenommen worden sind, beweist ohne jene ihre fort-dauernde Gültigkeit. Allein wer weiß nicht aus der Geschichte, daß sich beide die Baseler Dekrete und der Aschaffenburgener Vertrag wie *réferens* und *relatum* verhalten? Hrn. Kochs Ausspruch ist daher jenem des Orakels gleich: *ibis redibis nunquam morieris in armis.*

kührlichen päpstlichen Reskripten, unförmlichen Gratien, Provisionen, Annaten, Reservationen, die durch die Konkordate abgeschafft, und in der Folge als unkräftig erklärt worden sind. Nur also von *rescriptis gratiae*, nicht *justitiae* ist hier die Rede. Der §. 1. paßt also auf den Fall des Hrn. v. W. nicht. Mit besserm Grunde scheint er sich auf den §. 2. berufen zu können, der schon die Ueberschrift trägt: Beschwerden wegen übereilter römischer Prozesse. Allein auch dieser §. paßt nicht, theils weil die Wahlkapitulation kein bindendes Gesetz für den Papst ist; theils weil der Papst seine *informationes in partibus* über Hrn. v. W. eingezogen hat, und nur *in partibus* hat einziehen können; nebstdem hat der Papst den Bischof, der dem Hrn. v. W. das Generalvikariat des Bisthums anvertraut hatte, aufgefordert, über die Anzeigen, die gegen Hrn. v. W. gemacht worden sind, zu berichten, und derselbe hatte Gelegenheit seinen Generalvikar zu rechtfertigen, so wie der Hr. Generalvikar selbst die Veranlassung hätte nehmen sollen, sich zu rechtfertigen. Allein die nichts sagende Antwort des Hrn. Bischofs, das Stillschweigen des Hrn. Generalvikars, das Benehmen beider gegen den Papst, indem ersterer diesen Herrn, dessen ohngeachtet zum Koadjutor vorschlug, letzterer ohne Bedenklichkeit die Kapitelsvikarstelle annahm. Das Benehmen des Letztern während der Gefangenschaft des Papstes, mußten den Papst zur

Exclusive bewegen, und rechtfertiget auch diesen Schritt. Hierin lag also keine Ungerechtigkeit, die ihm der Papst zufügte, sondern eine heilsame Warnung, die Sache in den Rechtsweg, den man geflissentlich deklinirte, einzuleiten: *melius est*, hieß es hier, *intacta causa rem servare, quam vulnerata remedium quaerere*. Endlich geht der Sinn dieses §. nicht dahin, daß dem Papste die ihm zustehende Iudikatur *in causis episcoporum personalibus*, wo er sie als ein Reservatrecht ausübt, solle geschwächt werden, sondern hier sind nur die Domkapitel gemeint, die durch ihr Kapitulationswesen dem Bischofe in der freien Administration seiner Diöcese hindern wollten, daher oft den Rekurs an den päpstlichen Stuhl ergriffen, wenn der Bischof gegen die Kapitulation etwas verfügt hatte, worauf dann manchmal der Papst mit *monitoriis* einschritt: hier, heißt es, soll zuvor darauf bestanden werden, daß, so wie bei ehehinigen Reichsgerichten, wenn von Untergebenen gegen einen Reichsstand geklagt wurde, auf Schreiben um Bericht mußte erkannt werden, so wünsche man auch hier gleiche Einrichtung. Es paßt also diese Disposition auf den Hrn. v. W. nicht. Eben so wenig kann aus dem §. 3. Art. XIV. der W. K. zu Gunsten des Hrn. v. W. etwas entnommen werden. Die Statuten, Privilegien und Freiheiten der deutsch-katholischen Kirche haben die Deutschen selbst nicht gehandhabt. Die katholische Kirche exi-

stirt in einem rechtlosen Zustand, wie will man sich gegen den päpstlichen Stuhl auf die Erhaltung einer Verfassung berufen, die man selbst aufgegeben hat?

Wenn Hr. Dr. K. noch einen Behuf für seinen Klienten in der deutschen Bundesakte, und im Art. 2. derselben, worin die Erhaltung der äußern und innern Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit, und Unverletzbarkeit der deutschen Staaten stipulirt wird, finden will, so möchte zwar jeder, der die Sache des Hrn. v. W. mit diesem Artikel zusammenstellt, entweder lächeln, oder in die Verlegenheit kommen, das *medium comparationis* in diesem Fall zu finden, indem dadurch, daß der Hr. v. W. als Kapitelsvikar des Bisthums Konstanz vom Papste nicht anerkannt werden will, weder die äußere noch innere Sicherheit eines deutschen Bundesstaats gefährdet ist, auch kein Bundesstaat dadurch seine Sicherheit als gefährdet achten möchte; Baden vielleicht um so weniger, als Hr. v. W. nicht von der großherzoglichen Regierung weder als Koadjutor, noch als Kapitelsvikar ernannt worden, noch mehr, als er bei seiner Reise nach Rom bloß empfohlen worden ist. Die Großherzogliche Regierung kann sich daher gar nicht durch das Benehmen des päpstlichen Stuhls gegen den Hrn. v. W. als beleidigt ansehen; der Papst hat es ja nicht mit der weltlichen Regierung, son-

dem mit dem verlebten Hrn. Fürstbischof, und mit dem Domkapitel, und dem Hrn. v. W. als Kapitelsvikar zu thun; vielmehr hat der Papst dieser Regierung und dem Großherzoge alle Schonung und Achtung bezeugt, dadurch, daß durch Absendung eines Legaten an Se. königl. Hoheit, und an die Regierung Er denselben mit der größten Behutsamkeit auf die Folgen aufsichtig machte, die eine solche dem Kirchenrechte zuwiderlaufende Unterstützung nicht nur für die katholische Kirche, sondern selbst für die Landesherrschaft und deren Nutzen und Wohl in Bezug auf die katholischen Unterthanen haben würde. Diese Bemerkung ist wenigstens glimpflicher, als jene, die einige sogenannte Kapitelsvorstände in ihrem Schreiben an den Hrn. v. W. vom 3ten Oktober 1817 — Urkunden zur Denkschrift, Beilagen zur 3ten Note *sub lit. e.* — gemacht haben, wo sie in Bezug auf diese Bemerkung sagen; *ignara plebs, injuria temporum agitata, non curat, non quaerit, nisi, quae sua sunt, contenta, si habeat, unde vivat, seditionibus abhorret, iis inprimis, de quibus nulla temporalia commoda sperare licet.* Und allerdings war der Papst berechtigt, diese obige Bemerkung zu machen. Ich zeige dieß durch Erörterung der staatsrechtlichen Frage: welche gerechte Ansprüche sind nach staatsrechtlichen Grundsätzen das Oberhaupt der katholischen Kirche, und die Katholiken in jedem Staate für Erhaltung

ihrer Religion und Kirche an die Staatsgewalt zu machen befugt? Diese Frage kann im allgemeinen, und im besondern Bezug auf Deutschland behandelt werden. Im allgemeinen ergibt sich folgendes Resultat: das Staatsrecht erkennt den Grundsatz der Religions- und Gewissensfreiheit, so wie den daraus fließenden der Freiheit der Menschen, sich in religiösen Verbindungen — Kirchen — sammeln zu dürfen, an. Dieß Urrecht der Menschen wird durch den Eintritt in einen Staat nicht verloren. Vielmehr ist es einer der Hauptzwecke der Menschen, die sich einer Staatsgewalt unterwerfen, kräftigen Schutz, so wie für andere Urrechte der Menschen, so auch für dieß Urrecht zu suchen. Bringen also die Menschen, die sich in einem Staate vereinigen, ihre Religion und Kirche mit, so muß diese, wie ihr Eigenthum betrachtet werden; der Staat ist daher verbunden, so wie ihr physisches, so auch ihr moralisches Eigenthum zu schützen. Die Bürger eines Staats machen daher den gerechtesten Anspruch auf Erhaltung und Schutz ihrer Religion, und kirchlichen Verfassung. Würde der Regent diesen versagen, so wäre es eben so viel, als er erklärte, er wolle seine Regentenpflichten nicht erfüllen. Die Folgen ergäben sich dann von selbst. Von diesem Gesichtspunkte aus, ist das sogenannte *jus circa sacra* negativer Eigenschaft. Weil aber die religiösen Verfassungen, wie sie sind, nicht in sich

selbst stehen geblieben, sondern sich mehr oder weniger in die Staatsverfassungen verwebt haben, so haben auch die Staaten mehr oder weniger Einfluß und Rechte auf sie erhalten. Das Staatsrecht erkennt aber hiebei den Grundsatz an, daß durch diesen Einfluß der Staatsgewalt auf die im Staate existirende Kirche die Freiheit derselben nur so weit, als es zum Wohle des Staates nothwendig ist, beschränkt werde. Daher, wendet man diese Grundsätze des allgemeinen Staatsrechtes auf die katholische Kirche in den Staaten, wo sie existirt, an, so ist sie berechtigt, ihre Religions- und Kirchenfreiheit zu behaupten und hiebei sogar, wenn es nothwendig ist, den Schutz des Staates zu reklamiren. Nach den derselben wesentlichen Formen, besteht aber ihre Freiheit darin, daß sie unter einem allgemeinen Oberhaupte steht, daß dieses *vindex et custos canonum* ist, und daß dasselbe mit den Gliedern, so wie die Glieder mit dem Haupte, in unzertrennlicher Verbindung seyn müsse. Wenn nun von dem Staate dieser Verbindung überhaupt, oder in einem besondern Falle Hindernisse im Wege gelegt, wenn ein Katholik, der sich diesem Gehorsame, dazu in einer rein geistlichen Sache, entziehen will, vom Staate unterstützt wird, so bildet sich eine Beschwerde, die einem rezipirten Religionsheile zugefügt wird, dessen kirchliche Freiheit wird verletzt, und der Schutz, den die Kirche mit Recht fordern kann, wird ihr nicht ertheilt. Mit

Recht finden also der Papst, mit Recht die Katholiken in einem solchen Benehmen, eine Störung des Friedens in ihrer Kirche, eine Verletzung ihrer Rechte. Sie reklamiren daher ganz billig ihre Freiheit.

Noch deutlicher wird dieses, wenn man auf die deutsch-katholische Kirche einen Blick wirft. Diese ist nicht nur die älteste Kirche in Deutschland, zu ihr hält sich der größte Theil der Bürger dieses Landes, ihre Verfassung ist durch Fundamentalreichsgesetze gedeckt gewesen, und wenn sie auch zweimal durch die Reformation, und Säkularisation großen Schaden erlitten hat, so ist ihr doch die übrig gebliebene Verfassung immer wieder durch Reichsgesetze garantirt worden; ja! in dem Säkularisationsschlusse selbst sind die mit dem Kirchengute entschädigten Erbfürsten zur neuen Herstellung der den Katholischen nothwendigen Kultinstitute feierlich im §. 35. verpflichtet worden. Ferner: Art. 15. der Bundesakte wiederholt diese Garantie; wer kann es mißkennen, daß nach den unwidersprochensten Prinzipien des deutschen Staatsrechtes der Papst und die Katholiken das Recht haben, von den auch protestantischen Regierungen zu verlangen, daß einmal nach einem Zeitraume von 16 Jahren, die katholische Kirche, die am Abgrunde ihrer Vernichtung steht, wiederhergestellt, daß die heiligen Pflichten, die ihnen aufgelegt worden sind,

erfüllet werden; daß sie gleichen Schutz der katholischen Kirche, wie der protestantischen angedeihen lassen; daß jene gegründete Vorwürfe, die man England wegen der katholischen Irländer macht, von den deutschen Fürsten entfernt bleiben? Wäre es dem Oberhaupte der katholischen Kirche, dessen Rechte so tief gekränkt, und in Verachtung gestellt sind, zu verdenken, wenn es nach dem Völkerrechte in einer Darstellung der Lage der kathl. Kirche in Deutschland seine Beschwerden allen Regierungen vorlegte, die öffentliche Gerechtigkeit reklamirte, und, wie in den *Pièces justificatifs* gegen Bonaparte, eben so *ad sempiternam memoriam* seine Rechte wahrte? Die katholischen Bürger von Deutschland, das Oberhaupt ihrer Kirche, der legitime Episcopat machen gewiß gerechte Forderungen. Will man nun diese generellen Grundsätze noch auf den Wessenbergischen Fall anwenden, so wird sich die Schlussfolge leicht machen. „Der Papst, und derjenige „Theil der Katholiken der Konstanzer Diöcese, „die die illegalen Schritte des Hrn. v. W. und „die unüberlegte und unkanonische Handlungsart „des Domkapitels mißbilligen, dürften gerechte „Ursache haben, sich zu beklagen, wenn ihnen „der Staat keine Hülfe gegen den nach den Kanonen unwürdigen, folglich intrudirten Hrn. Generalvikar leisten würde; sie dürften gerechte „Ursachen haben, zu fodern, daß der Staat ihre „unverbrüchliche Treue, die sie ihm bisher be-

„wiesen haben, nach seinen Pflichten achte, sich
 „nicht in ihre innre Verfassung, und in ihr geist-
 „liches Ministerium einmische, dadurch keine Re-
 „ligionsbeschwerden verursache, und nicht ein
 „Feuer anzünde, das nicht leicht, einmal ent-
 „brannt, zu löschen seyn möchte. Wolle Gott un-
 „sere gewiß für alles Gute, Gerechte und Billige
 „empfänglichen Regenten, und ihre Ministerien lei-
 „ten, das sie die Semiotik der Zeit erkennen,
 „und würdigen möchten.“ Möchten sie empfäng-
 lich werden, dem naturalistischen Vandalismus,
 der sich immer mehr entwickelt, noch bei guter
 Zeit Schranken zu setzen, damit wir nicht be-
 dauern müssen, die traurigen Folgen desselben,
 wie sie die französische Geschichte mit blutigem
 Griffel mahlt, uns selbst zugezogen zu haben!

Da übrigens die strenge Gerechtigkeitsliebe
 der Deutschen allgemein bekannt ist, und gewiß
 die deutschen Fürsten ganz entfernt sind, dem
 Oberhaupte der Kirche, und den katholischen
 Bürgern von Deutschland ihre Gewissens- und
 Kirchenfreiheit widerrechtlich zu beschränken,
 so ist vor auszusehen, das die gerechten Regie-
 rungen bald sich bestreben werden, den Zustand
 der katholischen Kirche überhaupt zu ordnen,
 und die badische insbesondere — den Hrn. v. W.
 in die gehörige Schranken zurückzuweisen. Hr.
 v. W. wird, wenn ihm die Binde von den Au-
 gen fallen wird, den Guten in Deutschland, die

er dermalen für seine Feinde hält, Dank wissen, daß sie ihn von einem Abgrund zurückgezogen haben, in welchen er zu seinem Verderben gerannt wäre. Er wird einsehen, daß der Papst nicht gelinder gegen ihn handeln konnte, als es wirklich geschehen ist; daß ein deutsches unpartheiisches Synodalgericht nicht gelinder mit ihm verfahren würde, als man in Rom mit ihm verfahren ist; daß, wenn alle die Zurechtweisungen, die er bisher erhalten hat, keinen Eindruck auf ihn machen, er das Brandmal der Zerstörung wenigstens eines Theils der deutsch-katholischen Kirche sich aufdrücken wird. — Doch bei weitem die bessere Mehrheit steht auf Seite des Rechts, und des Papstes; nie wird es dazu kommen, daß die deutschen Fürsten, seyen sie der katholischen oder protestantischen Konfession zugethan, das öffentliche Kirchenrecht verkennen, noch daß die Mehrheit der Katholiken in Deutschland von demselben abweichen, und ihrer väterlichen Religion und Kirche durch Trennung untreu werden sollte.

IV. Abschnitt.

Die Schlusresultate

aus den bisher abgehandelten zusammengestellt, sind folgende:

1) Das Domkapitel zu Konstanz hat das Recht in seiner dermaligen Lage nicht gehabt, bei der

Bisthumserledigung einen Kapitelsvikar aufzustellen.

2) Die von dem Domkapitel geschehene Aufstellung eines Kapitelsvikars in der Person des Freiherrn v. Wessenberg ist nicht in der Form Rechtens geschehen. Das Domkapitel, da es den Hrn. v. W. wählte, war offenbar *in mala*, oder wenigstens *in dubia fide*.

3) Zur Aufstellung eines Bisthumsverwalters ist in der gegenwärtigen Lage der deutsch-kathl. Kirche offenbar die päpstliche Bestätigung nothwendig.

4) Wenn der Papst einem vorgechlagenen Bisthumsverwalter aus erheblichen Gründen die Bestätigung versagt, so ist nicht nothwendig, daß die Untersuchung hierüber in Deutschland, und von deutschen Richtern geführt werde. Der Papst kann jede unpartheiische Person nach Belieben in oder außer Deutschland zum Richter wählen.

5) Die römische Breven, welche durch die wohlgegründeten Anzeigen gegen die Lehre und Angriffe auf die bestehende Kirchendisziplin in Bezug auf die Person des Hrn. v. W. veranlaßt worden sind, mußten nach den wahren und reinen Kirchenrechtsgrundsätzen erlassen werden, um künftigen Schaden und weit aussehenden Irrungen vorzubeugen. Sie enthalten daher

6) keine anmassende Vorschriften gegen die Staatsgerechtsame; daher war

7) die Staatsgewalt auch nicht berechtigt, ihnen das Placet zu versagen; noch größer würde die Verletzung des Kirchenrechts gewesen seyn, wenn man sie von weltlicher Seite zu kassiren unternommen hätte.

8) Die Reise des Hrn. v. W. nach Rom kann

nicht anders beurtheilt werden, als dafs er sich dem päpstlichen Stuhle unterwerfen und den kanonischen Gehorsam bezeugen wollte.

9) Die ihm durch den Hrn. Kardinalstaatssekretär vorgelegten Beschwerden gegen seine Bisthumsadministration, man mag den Punkt der Lehre, oder der Disciplin betrachten, sind so beschaffen, dafs sie zur Ausschließung von dem bischöflichen Amte, wenn sie vollständig erwiesen werden, ganz hinreichen. Hr. v. W. ist in Rücksicht aller der beschwerenden Punkte nicht als Deutscher, sondern lediglich als Katholik, als Priester, als Vorstand eines geistlichen Kollegiums zu betrachten. Daher obgleich

10) die Sache, wie sie liegt, noch nicht als reif zur definitiven Entscheidung angesehen werden kann, so hat doch

11) der Papst in dieser Lage schon höchstgegründete Ursache, darauf zu dringen, dafs Hr. v. W. die sich gegen dessen Willen angemafste Kapitelsvikarstelle niederlege, den beiden päpstlichen Breven Gehorsam leiste, und sich zur weiteren Untersuchung und definitiven Entscheidung der Sache einer von dem Papste nicht bloß aus deutschen bestehenden, sondern jeder andern unpartheiischen Kommission unterwerfe. Wenn sich Hr. v. W. dieser Forderung zu entsprechen, und diesen Weg unter Berufung auf die Nationalkirchenfreiheiten, nicht betreten will, so schafft er sich entweder selbst ein Phantom, oder er will die großherzogl. badische Regierung damit täuschen, um aus seiner Privatsache, eine Sache der ganzen deutschen Kirche zu machen.

12) Jeder wahre Katholik, welcher die Rechte der allgemeinen katholischen Kirche, wovon

die deutsche nur ein Theil ist, kennt, wird es daher mißbilligen müssen, wenn man die im Badischen existirende katholische Kirche von der allgemeinen losreißen, eine die guten und treuen katholischen Bürger tief kränkende Trennung veranlassen, und einem nicht gehörig vocirten, sondern ungehorsamen Priester eine geistliche Gerichtsbarkeit verstatten will, wogegen sich die Gewissen wahrer Katholiken empören müßten.

13) Da die beiden oben angezeigten päpstlichen Breven ganz gültig sind, da der Papst in denselben noch dazu die Wege der größten Mäßigung eingeschlagen hat, so ist zu erwarten, daß die großherzoglich-badische Regierung denselben nicht nur das *placet* ertheilen, sondern sie auch mit Kassirung der vorhergegangenen Manutenenzdekrete für den Hrn. v. W. kräftig unterstützen werde. Dieß ist um so gewisser zu erwarten, als

14) der Papst und die Katholiken Gründe genug haben, um die Existenz ihrer Religion und Kirche bei den Umtrieben, die eine gewisse Parthei in Deutschland von dem Schosse der kathl. Kirche aus, zur Herabwürdigung derselben macht, vor dem Angesichte aller christl. Nationen zu kämpfen, und der ganzen christl. Welt das Unrecht vorzulegen, welches man ihr zufügt. Im Gefühle seines Rechtes beruft sich daher der Papst auf den biedern Charakter der Fürsten, die nicht zu geben werden, daß die katholische Kirche in ihren Staaten unterdrückt, und die Gewissensfreiheit der Katholiken so tief verletzt werde.

Frey, Franz Andreas,

Revision des ausführlichen Rechtsgutachtens über das Verfahren des römischen Hofes in der Angelegenheit der Konstanzer Bisthumsverwaltung des Kapitularvikars Freihrn. v. Wessenberg zugleich mit Hinsicht auf Koopers Briefe über den neuesten Zustand von Irland, verfaßt von Johann Ludwig Koch, b. R. Dr. herzogl. nassauischem Kirchen- und Oberschulrathe,

Germanien [i.e. Bamberg] 1820

Bamberg, Staatsbibliothek -- HV.H.Germ.481#3
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11694677-1